

04 Erziehung 2022 und Wissenschaft

www.gew-sachsenanhalt.net

1. April 2022

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt

EW

Aktuell:

- Ukraine-Krieg
- Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst
- Geplante Hochschulkürzungen

Neue Regierung, erster Haushalt:

- Was bleibt für Bildung?
- Haushaltstricks und zweifelhafte Prioritäten
- Verkürzung der Unterrichtsstunden?
- Schulsozialarbeit ausfinanzieren!
- Schulen in freier Trägerschaft

Schule | Bildung:

- Qualitätsrahmen schulischer Arbeit
- IFS-Schulpanelstudie 2016-21
- „Teachers for Future“





Rolf Hamm,
Mitglied des
Redaktionsteams
der EuW

Kommentiert: **Kranke Perspektive**

Russland hat die Ukraine militärisch angegriffen. Es ist Krieg in Europa. Putin – ein Verrückter, heißt es. Leid und Elend überall. Hätte „der Verrückte“ die Ukraine auch angegriffen, wenn sie die Atomwaffen damals nicht gegen „Sicherheitsgarantien“ getauscht hätte? Vermutlich nicht. Die Schlussfolgerung ist dann: Wer über Atomwaffen verfügt, kann sich einigermaßen sicher fühlen. Und die geschichtlichen Tatsachen bestätigen das. Es hat nach dem 2. Weltkrieg keine militärische Auseinandersetzung mehr zwischen Atommächten gegeben. Niemand greift Nordkorea an. Das atomare Gleichgewicht von Indien und Pakistan hält die beiden Erzfeinde vom Krieg ab. Ähnlich ist es mit Israel und dem Iran, wobei noch nicht ausgemacht ist, ob der Iran Atomwaffen hat. Aber es könnte sein. China wird zur wirtschaftlichen Großmacht im Schatten seiner atomaren Bewaffnung. Dumm gelaufen für Vietnam, Irak, Afghanistan, Syrien, Serbien oder Libyen?

Nach diesem russischen Einmarsch in die Ukraine haben auch wir Angst. Wird Russland seine Arme noch weiter ausstrecken? Wir müssen uns richtig bewaffnen, kommt es blitzschnell aus dem Bundeskanzleramt. 100 Mrd. Euro in einem Jahr zusätzlich für die Bundeswehr. Ist das vernünftig? Natürlich ist das vernünftig, schreit die ganze Rüstungsindustrie und die Aktien deutscher Rüstungsfirmen machen traumhafte Kursgewinne. Hatte am Ende die DDR doch Recht, als sie jeden verfolgte, der Schwerter zu Pflugscharen schmieden wollte? Am 4. Dezember 1959 schenkte übrigens die Sowjetunion der UNO eine entsprechende Bronzeskulptur, seitdem steht sie im Garten des UNO-Hauptgebäudes in New York. Sie sollte an die Friedensziele der UN-Charta erinnern, aber auch den Anspruch der Sowjetunion als Friedensmacht darstellen. Ich habe noch gut im Gedächtnis, dass es vernünftig ist, wenn man „Frieden schaffen ohne Waffen!“ fordert. Dass dies der Weg ist und nicht das Streben nach immer mehr Rüstung. Mit der KSZE von Helsinki 1975 schien dieser Gedanke endgültig in Europa und in der ganzen Welt Fuß gefasst zu haben. Und eigentlich sollte man meinen, dass auch diejenigen, die immer noch glauben, sie könnten Kriege vom Zaun brechen, genug an Erfahrungen gesammelt haben, um es endgültig zu lassen. Die Amis sind jämmerlich aus Vietnam abgezogen. Die Sowjets haben Afghanistan in den 80er Jahren nicht besiegen können, genau wie die NATO es gerade einsehen musste. Der Irak liegt in Trümmern, aber dafür wurde der IS geboren. Die Serben haben 1998/99 nicht vergessen und könnten sich in Bosnien oder im Kosovo bald rächen. Nordafrika ist nach dem „Frühling“ sofort in einen „eisigen Winter“ gerutscht und kommt da nicht mehr raus ... Kriege haben nichts, aber auch gar nichts Gutes gebracht. Leid, Elend, Menschen auf der Flucht. Ja, es gibt kein fremdes Leid. Wir alle leiden mit. Aber während im Winter noch die muslimischen Flüchtlinge an der polnischen Grenze verprügelt wurden und im Mittelmeer Afrikaner zu Hunderten ertranken, machen wir jetzt Europa für die Ukrainer auf. Glaubt da noch jemand an die Universalität der Menschenrechte? Glaubt wirklich noch jemand, dass es in Europa keinen Rassismus gibt? Unser Dilemma ist riesengroß. Hat denn keiner mehr auf dem Schirm, dass die Opfer für den Frieden weitaus geringer sind als die Opfer des Krieges? Wo ist die Vernunft geblieben? Rüstung auf Teufel komm raus ist für mich eine total kranke Perspektive. Lasst uns alles tun, um diesen schrecklichen Krieg zu beenden, und sorgen wir zukünftig dafür, dass kein neuer Krieg begonnen wird.

Inhalt

Aktuell

Kommentiert:	2
Kranke Perspektive	2
Aufnahme geflüchteter Kinder aus der Ukraine:	3
Das wird eine große Herausforderung!	3
Ukraine-Krieg:	3
Mit Kindern über den Krieg sprechen	3
Kommentiert:	3
Bescheidenheit ist fehl am Platz!	3
Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst:	4
Warnstreik am Internationalen Frauentag in Halle	4
Geplante Hochschulkürzungen:	4
Selbstamputation der MLU, Landesregierung schweigt	4
Offener Brief an Bildungsministerin:	5
Wichtige Professur für Lehramtsausbildung erhalten!	5
Titelthema „Finanzen Sachsen-Anhalt 2022“	
Neue Regierung, erster Haushalt:	6
Was bleibt für die Bildung?	6
Haushaltsentwurf der Landesregierung:	7
Haushaltstricks und zweifelhafte Prioritäten	7
Haushaltsdebatte:	8
Weichen für mehr Unterricht jetzt stellen	8
Regierungsideen gegen den Lehrkräftemangel:	8
Rettung der Schulen mit „trojanischem Pferd“?	8
Schulsozialarbeit:	9
Land muss Co-Finanzierung übernehmen!	9
Schulen in freier Trägerschaft:	9
Schulgeld und Sonderungsverbot	9
Schulpolitik	
Qualitätsrahmen schulischer Arbeit:	10
Eine gewerkschaftliche Betrachtung (Teil 2)	10
Bildung	
IFS-Schulpanelstudie 2016–2021:	12
Lesekompetenz in der Corona-Pandemie gesunken	12
Projekttag am Herder-Gymnasium in Merseburg:	13
„Teachers for Future“ bringen Nachhaltigkeit in die Schule	13
Ich bin die GEW Sachsen-Anhalt	
Noah Baalke:	14
Alle Zutaten für ein Erfolgsrezept	14

9. Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt

Die 9. Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt wird vom 25. bis 26. November 2022 in Magdeburg stattfinden. Sollte die Corona-Pandemie es erfordern, wird auch eine virtuelle Teilnahme möglich sein.

Tagesordnung

- Aussprache zum Geschäftsbericht und Entlastung des Landesvorstandes
- Wahl des neuen Landesvorstandes
- Antragsberatung
- Diskussion über aktuelle bildungs- und tarifpolitische Fragen
- Wahl der Kassenprüfungskommission und der Mitglieder der Landeschiedskommission

Antragsfristen/Antragsberechtigung

Entsprechend der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt müssen

1. **Satzungsänderungsanträge bis spätestens 25. Juli 2022** und
2. **eigenständige Anträge bis spätestens 14. Oktober 2022**

in der GEW-Landesgeschäftsstelle schriftlich, per Post oder E-Mail, eingegangen sein.

Antragberechtigt laut Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz der GEW Sachsen-Anhalt sind Delegierte, die Kreisverbände, der Landeshauptausschuss und der Landesvorstand.

Aufnahme geflüchteter Kinder aus der Ukraine: Das wird eine große Herausforderung!

(EuW) Die Aufnahme geflüchteter Kinder muss gut vorbereitet werden. Angesichts der steigenden Zahl geflüchteter Menschen aus der Ukraine, die in Deutschland Schutz suchen, mahnen deutsche Bildungsgewerkschaften eine zügige Vorbereitung der Schulen an.

Die GEW und die Bildungsgewerkschaften im dbb Beamtenbund und Tarifunion (VBE, DPhV, VDR, KEG, BvLB) erklärten dazu am 11. März: „Wir begrüßen ausdrücklich die Pläne der Kultusministerkonferenz (KMK), schnell Bildungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine zu schaffen. Bund, Länder und Kommunen müssen den Schulen nun aber auch zügig und unbüro-

kratisch Unterstützung anbieten. Um die aktuelle Herausforderung meistern zu können, bedarf es unter anderem zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen für die Schulen.

Die Lehrkräfte in Deutschland haben seit 2015 zwar viele Erfahrungen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen gemacht und sind grundsätzlich gut auf solche Situationen vorbereitet. Nach fast zwei Jahren Arbeiten in der Corona-Pandemie sind viele Lehrerinnen und Lehrer aber erschöpft und am Limit ihrer Kräfte.

Daher wird die nächste Zeit eine große Herausforderung, auch wenn sich alle Beschäftigten in den Schulen wie immer leidenschaftlich für das Wohl der Kinder engagieren werden.

Die Bildungseinrichtungen brauchen deshalb nun mehr denn je die volle politische Unterstützung. Es bedarf multiprofessioneller Teams sowie zusätzlichen Personals für die Errichtung von Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen und angemessener Räumlichkeiten. Zudem bedarf es umfangreicher Angebote für die Beschäftigten, um mit den Traumata der Geflüchteten in angemessener Weise umgehen zu können, sowie zusätzlicher Lehrkräfte für Deutsch als Zweit-/Fremdsprache (DaZ/DaF) und herkunftssprachlicher Fachkräfte. Eine Einbindung von geflüchteten pädagogischen Fachkräften begrüßen wir grundsätzlich. Wichtig ist aber, ihnen zielgruppengerechte Unterstützung und verlässliche Perspektiven zu bieten.“

Ukraine-Krieg: Mit Kindern über den Krieg sprechen

(EuW) Der Ukraine-Krieg ist insbesondere auch für Kinder sehr nah – sie spüren dabei die Verunsicherungen und Ängste bei den Erwachsenen. Besonders Kinder mit Fluchterfahrungen oder Migrationsgeschichte kann das überfordern.

Innerhalb von zwei Wochen haben Tausende Geflüchtete aus der Ukraine Deutschland erreicht – vor allem Mütter und Kinder. Sie brauchen unsere Unterstützung und Schutz, den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe kommt hierbei eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Doch was bedeutet das für die Fachkräfte? Soll ich den Krieg überhaupt thematisieren? Und wenn ja, muss ich dabei neutral bleiben und welche Materialien kann ich verwenden?

Die Bildungseinrichtungen müssen darauf reagieren, sagt GEW-Kitaexpertin Doreen Siebernik: „Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben seit 2015 viele Erfahrungen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Kitas und in der Jugendhilfe gemacht. Sie sind die Profis, um in dieser Situation den Familien Stabilität und Sicherheit zu geben.“ Gleichzeitig stellt die GEW klar, dass es für die Einrichtungen eine große Herausforderung werden wird, auf die Situation angemessen zu reagieren: „Die Pädagoginnen und Pädagogen sind erschöpft nach rund zwei Jahren arbeiten in der Corona-Pandemie“, ergänzt Siebernik. Erfahrungsgemäß engagieren sich die Fachkräfte in außerordentlichem Maße für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Trotzdem brauchen die

Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zusätzliche Fachkräfte. Sowohl Expertise in asylrechtlichen Fragen und für Traumata als auch herkunftssprachliche Fachkräfte werden verstärkt benötigt.

Um Eltern und Kindern beim Umgang mit diesen traumatischen Erfahrungen zu helfen, gibt es pädagogische Materialien – auch auf Ukrainisch. Auf <https://www.gew.de/mit-kindern-ueber-den-ukraine-krieg-sprechen> gibt die GEW Tipps und Empfehlungen: zum Umgang mit Angst und Unsicherheit der Kinder – Halt geben, Gefühle ernst nehmen; das Thema aufgreifen, Bilderbücher zur Unterstützung nutzen – und für den Umgang mit dem Ukraine-Krieg in der Schule.



Kommentiert: Bescheidenheit ist fehl am Platz!

Frank Wolters,
Bildungssekretär
der GEW
Sachsen-Anhalt
für den Bereich
Jugendhilfe und
Sozialarbeit

In der laufenden Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes den Internationalen Frauentag für einen ersten bundesweiten Warnstreiktag genutzt, um ein frühes Zeichen für die Entschlossenheit im Ringen um die Aufwertung der sozialen Berufe zu setzen. Die Arbeitgeber hatten in der ersten Verhandlungsrunde am 25. Februar bereits signalisiert, dass sie für Entlastungsmaßnahmen der Beschäftigten keinen Finanzierungsspielraum sehen. Auch weitere Eingruppierungsverbesserungen stehen nicht auf ihrem Zettel. Zwar lobten sie ausdrücklich das Engagement von Erzieher*innen in Kitas und Sozialarbeiter*innen in Ämtern und Hilfeeinrichtungen insbesondere in Zeiten der Pandemie, allerdings blieb ein konkretes Angebot bisher aus. Damit folgen sie den immer wiederkehrenden Ritualen, sich möglichst lange vor Zugeständnissen zu drücken. Dieses Mal dürften sie damit aber nicht durchkommen. Der Druck ist hoch und die Stimmung unter den Beschäftigten ist denkbar schlecht. Corona hat die Fachkräfte an ihre Grenzen gebracht. Während sich die

Verwaltungen abschotteten konnten, hatten die Pädagog*innen diese Möglichkeiten in der Regel nicht. Im Gegenteil, die Erwartungen von Eltern und Trägern waren immer hoch.

Deshalb ist Bescheidenheit also wirklich fehl am Platz. Die Kolleginnen und Kollegen in den pädagogischen Berufen haben sich nicht nur angestrengt, sondern darüber hinaus sichergestellt, dass die Wirtschaft am Laufen gehalten werden konnte. Das muss nun honoriert werden. Für einen zukunftsfähigen Sozial- und Erziehungsdienst braucht es deshalb jetzt einen guten Tarifabschluss und es braucht ein Umdenken in der Landespolitik. Denn im nächsten Schritt muss dann auch endlich eine gesetzliche Verbesserung des Personalschlüssels in den Kindertageseinrichtungen kommen.



Frank Wolters

Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst: Warnstreik am Internationalen Frauentag in Halle

(EuW) Die GEW Sachsen-Anhalt hat ihre Mitglieder in den städtischen Kindertagesstätten und im Sozial- und Erziehungsdienst der Stadt Halle zu einem eintägigen Warnstreik am 8. März, dem Internationalen Frauentag, aufgerufen. Sie schloss sich damit einem Aufruf von ver.di an.

Ziel war es, in den Tarifverhandlungen zur Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst auf die Arbeitgeberseite frühzeitig Druck auszuüben. Die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth erklärte dazu: „Wir wollen gerade am Internationalen Frauentag darauf aufmerksam machen, dass für die Beschäftigten in den Kitas und in den anderen sozialen Berufen, die zum großen Teil Frauen sind, endlich deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vereinbart werden müssen. Das sind Kolleg*innen, die

mit großem Engagement in Bildungseinrichtungen arbeiten und großen Respekt verdient haben.“

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zeigte in der ersten Verhandlungs runde am 25. Februar 2022 in wesentlichen Punkten – wie zum Beispiel bei der Festlegung von Vor- und Nachbereitungszeiten der pädagogischen Arbeit – keine Bereitschaft für ein Entgegenkommen und verspielte so ihre Chance auf eine schnelle Einigung.

Deswegen hat die GEW Sachsen-Anhalt ihre Mitglieder mobilisiert. Die Teilnehmer*innen versammelten sich schon am frühen Morgen im Streiklokal. Dort sprach der Vorsitzende des GEW-Stadtverbandes Malte Gerken mit den Erzieherinnen und Erziehern und würdigte ihre Leistungen: „Ihr habt bessere Arbeitsbedingungen ver-

dient und euer Streik ist wichtig, um den Arbeitgebern zu zeigen, dass wir positive Ergebnisse von diesen Tarifverhandlungen erwarten. Die Einkommensbedingungen müssen sich verbessern und wir brauchen endlich eine Regelung zur Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten.“ Später sammelten sich die Teilnehmer*innen des Warnstreiks gemeinsam mit den Mitstreiter*innen von ver.di in einem Demonstrationszug, der mit einer Kundgebung endete.

Vor den Gewerkschaften liegen jetzt noch zwei Verhandlungs runden Ende März und Mitte Mai 2022. Dann wird sich zeigen, ob die Arbeitgeber die Signale erkannt haben und nunmehr Bereitschaft zur Einigung zeigen. Ansonsten werden weitere Warnstreiks unumgänglich sein.



Fotos: Malte Gerken (3)

Geplante Hochschulkürzungen: Selbstamputation der MLU, Landesregierung schweigt

(EuW) Rund 400 Menschen haben am 16. März abermals lautstark ihr Missfallen gegenüber den Kürzungsplänen der Landesregierung und der Umsetzung durch das Rektorat der Martin-Luther-Universität (MLU) kundgetan. Nach zahlreichen Demonstrationen, die sich über ein halbes Jahr vom Frühjahr bis zum Herbst letzten Jahres hinzogen, sowie auch der Übergabe der Petition an den Landtag im Oktober kam es nach der Demo am 3. Februar nun erneut zu Demonstration gegen die Kürzungen an der Universität in Halle.

Diesmal ging der Blick auch nach Magdeburg in den Landtag zu den Regierungsfraktionen von CDU, SPD und FDP, deren hochschulpolitische Sprecher*innen sich allesamt nach Anfrage des Aktionsbündnisses „MLUnterfinanziert“ haben entschuldigen lassen. Die nicht vorhandene

Kommunikationsbereitschaft der Koalitions partieen und der Landesregierung zu den Kürzungen an der MLU waren auch Thema der Kundgebung. Die hochschulpolitischen Sprecher der Oppositionsparteien, Hendrik Lange (DIE LINKE) und Olaf Meister (Bündnis 90/Die Grünen) waren hingegen gekommen, um ihren Unmut über das Verhalten der Landesregierung und der Koalitions partieen auch in den Beratungen der zuständigen Kommissionen und in Landtags debatten Ausdruck zu verleihen. In der anschließenden Sitzung des Akademischen Senats verwies Minister Willingmann darauf, dass die Universität ihre Struktur an das ihr zur Verfügung stehende Budget anpassen muss und dass kein zusätzliches Geld für den Umstrukturierungsprozess vom Land vorgesehen ist. In der Konsequenz ist in der Senatssitzung der Universität Halle am 16. März herausgekommen, dass die

Landesregierung keine Verantwortung für die Kürzungen und Umstrukturierungen an der MLU übernehmen will und an dem mittlerweile acht Jahre zurückliegenden „Bernburger Frieden“ festhält.

Das wirft wiederum seinen Schatten auf den nur noch als abenteuerlich zu bezeichnenden Diskussionsprozess um den Hochschulentwicklungsplan des Rektorats der MLU: von der „Beschlussvorlage“, die vom Rektor Prof. Dr. Christian Tietje im Mai 2021 in Umlauf gebracht wurde, über einen sich anschließenden, als in weiten Teilen undemokratisch anzusehenden Diskussionsprozess über das Wintersemester 2021/22, bei dem Beschlüsse verschiedener gewählter Hochschulorgane nicht berücksichtigt wurden, bis hin zu dem den Bedürfnissen der Hochschule und des Landes gegenüber ignoranten neuerlichen „Grobkonzept“ eines Hochschulentwicklungsplanes. →



Foto: GEW Sachsen-Anhalt

→ Festzuhalten bleibt, dass die Kritik des Aktionsbündnisses „MLU unterfinanziert“, der Mitarbeiter*innen und Student*innen wie auch der Gewerkschaften am Grobkonzept weder von Rektorat und Senat der MLU, noch von den Koalitionspar teien und der Landesregierung gehört oder gar ernstgenommen wurden. Der Hochschulentwicklungsplan soll nach der Mehr

heit des Senats fortgeschrieben werden und an den KW-Setzungen von ca. 30 Professuren und ca. 200 Mitarbeiter*innenstellen wird weiterhin festgehalten. Die Senatssitzung vom 16. März hat gezeigt, dass man an der Abwicklung von bis zu einem Viertel der Universität festhält, was einer Selbstamputation wichtiger Glieder der Hochschule gleichkommt.

Man muss sich wohl langsam die Frage stellen, ob man nicht ernsthaft auf breiter Front den Rücktritt der Hochschulleitung der MLU und ein klares Bekenntnis der Landespolitik zum Wissenschaftsstandort Halle und Sachsen-Anhalt verstärkt einfordert, wie es die GEW und das Aktionsbündnis seit Längerem verlangen.

Offener Brief an Bildungsministerin: Wichtige Professur für Lehramtsausbildung erhalten!

Am 15. März hat sich der Verband Sonderpädagogik e. V. mit einem offenen Brief an Sachsen-Anhalts Bildungsministerin Eva Feußner gewandt. Ziel ist, die Streichung der Professur „Pädagogik bei Beeinträchtigung des schulischen Lernens“ an der MLU

zu verhindern. EuW veröffentlicht Auszüge aus diesem Brief, dessen Inhalt von der GEW Sachsen-Anhalt unterstützt wird.

Die Redaktion

„Sehr geehrte Frau Ministerin Feußner,

der Landesverband Sachsen-Anhalt des Verbands Sonderpädagogik (vds) e. V. wendet sich mit Unterstützung des bundesweiten Verbands Sonderpädagogik e. V. und der Bundesreferate Aus-, Fort- und Weiterbildung und Lernen mit diesem offenen Brief an Sie, um die angestrebte Einsparung der Professur „Pädagogik bei Beeinträchtigung des schulischen Lernens“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu verhindern.

Das Land hat sich gesetzlich verpflichtet, qualitativ hochwertige Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung sowohl an Förderschulen als auch im Gemeinsamen Unterricht vorzuhalten. Der größte Anteil betrifft Schülerinnen und Schüler mit einem Unterstützungsbedarf im sonderpädagogischen Schwerpunkt Lernen. Um die Qualität dieser Bildungsangebote sicherzustellen, braucht es zwingend sonderpädagogische Professionalität. Das wiederum erfordert entsprechende universitäre Studienangebote im Land! Die geplante Streichung steht in Zeiten des eklatanten Lehrkräftemangels im Widerspruch zu den bildungspolitischen Vorgaben der Landesregierung und zur staatlichen Verpflichtung der Daseinsvorsorge im Bereich Bildung.

Auf der Grundlage des Berichts der Expertenkommission zum Lehrkräftebedarf und der Zielvereinbarung zur Sicherung der Lehrkräfteausbildung muss die Ausbildung in allen sonderpädagogischen Fachrichtungen gesichert werden. [...]

Es liege allen bildungspolitischen Vorgaben zuwider, wenn Professuren im Bereich einer dringend benötigten sonderpädagogischen Fachrichtung zukünftig nicht mehr ausgeschrieben werden. In Sachsen-Anhalt ist erst kürzlich die Anzahl der Studienplätze sonderpädagogischer Fachrichtungen leicht erhöht worden. Dieser erfreuliche Ansatz wird durch eine mögliche Streichung von Professuren der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Frage gestellt, die Fortsetzung von laufenden Ausbildungen gefährdet. Dadurch sind weder die Absicherung der innovativen sonderpädagogischen Ausbildungselemente im Rahmen des Grund

schullehramts noch die Weiterentwicklung im Bereich Pädagogik bei Autismus gewährleistet. Wir betonen, dass jede Professur für eine sonderpädagogische Fachrichtung eine eigene sehr spezifische Professionalität aufweist, die nicht durch Zusammenlegung von Studiengängen aufgefangen werden kann. Eine cross-kategoriale Ausbildung gewährleistet nicht die notwendige Qualifikation in den einzelnen sonderpädagogischen Fachrichtungen!

Die Mindestausstattung mit Professuren im Institut für Rehabilitationswissenschaften ist aus unserer Sicht bereits unterschritten, weil es keine spezifischen Professuren für die sonderpädagogischen Schwerpunkte Körperliche und motorische Entwicklung, Hören sowie Sehen gibt, und letztgenannte Fachrichtungen in Sachsen-Anhalt nicht ausgebildet werden. Wir fordern Sie auf, sich für den Erhalt aller sonderpädagogischen Professuren, insbesondere aber der aktuell in Frage gestellten Professur „Pädagogik bei Beeinträchtigungen des schulischen Lernens“ einzusetzen und dies nachhaltig bei der Universitätsleitung einzufordern. Nur sonderpädagogische Professionalität der Lehrkräfte kann qualitativ hochwertige Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf gewährleisten.

Wir tragen diese Forderungen an Sie heran, weil wir uns als Verband Sonderpädagogik auf der Grundlage unserer Satzung verpflichtet fühlen, für die Belange der Schülerinnen und Schüler einzutreten, die einen besonderen Bedarf an Unterstützung haben. Wir dürfen in diesem Zusammenhang auf die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verweisen, die geltendes Recht in der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Unterstützung des betroffenen Personenkreises braucht Professionalität – diese ist nur durch entsprechende Studienangebote gewährleistet. [...]

Mit freundlichen Grüßen

Bianca Borlich, Vorsitzende des Landesverbands,
und Dr. Angela Ehlers, Bundesvorsitzende“

Die Landesregierung habe sich für 2022 sehr viel vorgenommen, betonte Finanzminister Michael Richter (CDU) am 7. März, als er

Neue Regierung, erster Haushalt: Was bleibt für die Bildung?

den Haushaltsvorschlag der Landesregierung in den Landtag einbrachte.

Eine gewisse Spannung über die Grundansätze des ersten Haushaltes der neuen Landesregierung lag schon über dem Landtag. Kommunalfinanzen, Bildungsfinanzierung, Bekämpfung der Corona-Folgen, Soziales und viele weitere Gebiete waren seit Monaten Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen.

Die Gesamtzahlungen an die Kommunen von 4,18 Milliarden Euro bedeuteten ein Plus von 577 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr, sagte der Finanzminister. Damit sei auch der prozentuale Anteil des Haushaltsvolumens für die Kommunen am Gesamthaushaltsvolumen weiter gestiegen, so Richter. Dazu kämen die Mittel aus dem im Dezember 2021 verabschiedeten Corona-Sondervermögen. Dieses laufe außerhalb des Gesamthaushalts.

Eine weitere große „Hausnummer“ seien die Sozialausgaben, die von 346 Millionen Euro (2018) auf 442 Millionen (2022) angestiegen seien. Bei den Krankenhausinvestitionen habe es ebenfalls eine deutliche Erhöhung gegeben, die mit dem Corona-Sondervermögen aufgestockt bzw. ergänzt werden könne.

In sehr vielen Bereichen soll die Digitalisierung vorangetrieben werden, Investitionsschwerpunkt soll die Digitalisierung von Krankenhäusern, Polizei und Schulen sein. Ebenfalls wichtig sei die Schaffung einer Industrie für Wasserstofftechnologie als zukunftsbedeutender Wirtschaftszweig. Hinzu kämen die Personalzuwächse bei der Polizei und den Lehrkräften.

Um die geplanten Maßnahmen und Investitionen zu finanzieren, sei es nötig, Kredite in Millionenhöhe aufzunehmen. Unter anderem dadurch hätte der Haushalt 2022 ausgeglichen werden können, so Richter. Er verwies darauf, dass es nur einen kurzen zeitlichen Spielraum gebe, um gestärkt aus der Corona-Krise herauszukommen. Schon 2023 werde es weniger Spielraum im Haushalt geben.



Ebenfalls für die Koalition sprach Dr. Andreas Schmidt (SPD). Er sagte, die Steuereinnahmen seien sehr gut. Man stehe für eine verlässliche Finanzierung der Kommunen. Die Bereiche Arbeit, Soziales, Familie, Jugend, Demokratieförderung und Integration nähmen für die SPD wichtige Schwerpunkte im Haushalt ein. Unter anderem werde man die Kita-Beitrittsfreiheit ab dem zweiten Kind beibehalten. Scheinbar resignierend sagte er: Die Finanzierung der Schulsozialarbeit habe leider nicht so umgesetzt werden können wie gewünscht. An dieser und anderen Positionen, darunter die Kinder- und Jugendhilfe, setzte die Kritik der LINKEN an. Die FDP-Fraktion verwies auf nötige Sparsamkeit, ohne konstruktive Vorschläge zu machen.

Ein durch Bildung und Soziales geprägter Haushalt liegt nicht auf dem Tisch. Die Nagelprobe gilt es noch zu bestehen. Nun sind die Parlamentarier gefragt. Sie werden auch die Frage beantworten müssen, warum die Forderung von GEW, SPD und LINKE nach einer höheren Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A 13/E 13 wieder nicht in die Planung aufgenommen wurde.

Haushaltsentwurf der Landesregierung: Haushaltstricks und zweifelhafte Prioritäten

Wenn man derzeit bei Vertreter*innen der Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt nachfragt, wie es denn mit der Umsetzung des einen oder anderen Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag aussieht, so bekommt man selten eine klare Antwort, sondern nur den Hinweis auf die laufenden Haushaltplanungen für das Jahr 2022. Die scheinen auch ein Grund dafür zu sein, den Finanzminister als allmächtig und als Buhmann zu brandmarken, der die Koalitionär*innen völlig im Griff hat. Vielleicht gibt es jedoch zumindest ein Stück Hoffnung darauf, dass die Bildung nicht ganz hinter all den sonstigen Notwendigkeiten, den bisherigen Schulden und Corona-Ausgaben zurückstehen muss. Schaut man sich den derzeitigen Haushaltsentwurf an und legt die GEW-Forderungen daneben, dann ergibt sich ein Bild, das aus Sicht der GEW durchaus bunter sein könnte.

Die VZÄ (Vollzeitäquivalente)-Ziele bei den Lehrkräften werden gekürzt. Auf den ersten Blick scheint es, als wolle der Landtag nicht mehr 14.500 Vollzeitstellen für Lehrkräfte bereitstellen. 500 Stellen fehlen im Entwurf des Haushaltplanes. Es sind außerdem jedoch auch 1.000 dieser rechnerischen Vollzeitstellen nicht besetzt. Offensichtlich kapitulieren unsere Parlamentarier*innen jetzt vor der Realität. Es bleibt zu hoffen, dass das nur Haushaltsgabaren ist und die Stellen trotzdem besetzt werden – sollten die Lehrkräfte plötzlich auftauchen. Die VZÄ-Ziele bei den Pädagogischen Mitarbeiter*innen (PM) werden um 100 aufgestockt. Allerdings sollen jetzt die Schulverwaltungsassistent*innen aus dem gleichen Topf finanziert werden. 50 Stellen will man dafür abzweigen und nur 50 PM mehr einstellen. Dem kann man aus Sicht der GEW durchaus zustimmen, 100 Pädagogische Mitarbeiter*innen und 100 Stellen für Schulverwaltungsassistent*innen wären besser.

Wenn die Stellen, die für Lehrkräfte vorgesehen sind, leider freibleiben, dann sollten – so die GEW-Forderung – Geld oder Stellen genutzt werden, um die Schulen zu entlasten. Mehr Schulverwaltungsassistent*innen wären möglich,

Lehrkräfte zur Förderung, Sprachlehrkräfte, mehr Geld für den Ganztag, ein Aufstocken der Zahl der Schulpsycholog*innen, um in diesem Bereich erst einmal den bundesweiten Durchschnitt zu erreichen.

Man könnte das Geld aber auch zur Sicherung von Arbeitszeitkonten nutzen oder um mehr Plätze für das Lehramtstudium an beiden Universitäten zu schaffen und vernünftig auszufinanzieren. Oder die Regierungskoalition ringt sich dazu durch, Lehrkräfte an Grundschulen endlich so zu bezahlen, wie es alle anderen ostdeutschen Bundesländer jetzt schon tun, nämlich mit der A 13/E 13. Bis jetzt wird vom Bildungsministerium und von der CDU-Fraktion im Landtag leider alles dafür getan, Letzteres zu verhindern, unter anderem auch mit der (Falsch-)Aussage, dass wir genügend Bewerbungen für Grundschullehrkräfte hätten und die Kolleg*innen trotz einer 500 Euro geringeren Bezahlung eine Beschäftigung im Land Sachsen-Anhalt wählen würden. Aber es gibt noch einen Vorschlag der GEW zum Haushalt, nämlich ein anderes Steuerkonzept einzuführen.

Nicht nur wir haben uns verblüfft die Augen gerieben, als durch die Bundesregierung urplötzlich 100 Milliarden Euro für die Ausstattung der Bundeswehr aus dem Ärmel gezaubert wurden. Zum Vergleich: Der Sanierungsstau an Schulen beträgt ca. 44 Milliarden [KfW-Kommunalpanel des deutschen Instituts für Urbanistik (DIfU), 2020]. Von einem Sondervermögen spricht man in diesem Zusammenhang nicht, nur die Schuldenbremse wird gleich wieder bemüht, damit sich niemand unnötige Hoffnung macht. Aber die Schulen sind wichtig, das haben wir in Corona-Zeiten immer wieder gehört. Insofern ist ein anderes Steuerkonzept mit Vermögensabgabe oder Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen oder eine Finanztransaktionssteuer notwendig, vielleicht diesmal wenigstens zum Teil zweckgebunden für die Bildung. Das müsste doch auch für Landes- und Kommunalpolitiker*innen ein verlockendes Ziel sein, endlich vor Ort Geld für Bildung ausgeben zu können. Bis dahin bleiben uns unsere guten Argumente und hoffentlich möglichst viele Mitsreiter*innen bei der Durchsetzung der GEW-Forderungen.

Eva Gerth

Es reicht!

Jetzt handeln!

Für Entlastung und gute Arbeit!

- **Absenken der Pflichtstundenzahl** für alle Lehrkräfte um eine Stunde
- Mehrarbeit bzw. **Mehrstunden begrenzen** auf zwei Stunden pro Woche, zusätzliche Stunden nur mit Einverständnis der Kolleg*innen
- **Anrechnungsstunden** für jede zusätzlich übertragene Aufgabe für Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulleitungen
- Einführung von freiwilligen **Arbeitszeitkonten**, über die Kolleg*innen an Schulen selbst verfügen können, ohne Zwang zum Auszahlen der Konten
- Entlastung von Seiteneinstiegenden durch **Absenkung der Unterrichtsverpflichtung** im ersten halben Jahr und mehr Zeit für Fort- und Weiterbildungen
- **Aufstockung der Altersermäßigung** von einer Unterrichtsstunde ab dem 55. Lebensjahr und von bis zu fünf Stunden ab dem 63. Lebensjahr
- Entlastung aller Schulen von administrativen Aufgaben durch **Schulverwaltungsassistent*innen**
- Entlastung aller Schulen durch **Arbeit in multiprofessionellen Teams**, u. a. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Pädagogische Mitarbeiter*innen, Förderlehrkräfte, Schulpsycholog*innen
- ältere Lehrkräfte und Pädagogische Mitarbeiter*innen können sich für **Mentor*innen-Programme** bewerben, um unter Anrechnung der Hälfte ihrer Arbeitszeit Studierende im Praktikum, LiV, Seiteneinstiegende und neu eingestellte Pädagogische Mitarbeiter*innen zu begleiten
- Umsetzung der Ergebnisse der „Schulfrieden“-Gespräche, u. a. Gründung einer Arbeitszeitkommission und Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrkräften

Haushaltsdebatte:

Weichen für mehr Unterricht jetzt stellen!

(EuW) Ein Blick auf die Vorbereitung des kommenden Schuljahres zeigt deutlich, dass von der Landesregierung und den Parlamentariern mehr Ideen und Engagement gefragt sind, um dem weiteren Zusammenbruch der Unterrichtsversorgung in den Schulen entgegenzuwirken.

Die wiederkehrenden Stellenausschreibungen, der Einsatz von Headhuntern, der zu zweifelhaften Ergebnissen führt, und Sonderprämien für schwer besetzbare Stellen reichen offensichtlich nicht aus, eine Trendwende herbeizuführen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecher der Partei DIE LINKE, Thomas Lippmann, hat in diesem Zusammenhang Vorschläge unterbreitet, die mit relativ geringem Aufwand ein weiteres Absinken der Unterrichtsversorgung aufhalten könnten. Die entscheidenden Weichen müssen jetzt bei den aktuellen Stellenausschreibungen und bei den Verhandlungen zum Landshaushalt 2022 gestellt werden. Das Geld ist vorhanden und, wenn das Land keine weiteren Möglichkeiten sieht, mehr Lehrkräfte zu gewinnen, müssen jetzt andere pädagogische Fach- und Hilfskräfte gewonnen werden, um das lückenhafte schulische Angebot aufzufüllen. Dies kann innerhalb der Schulen und auch außerhalb der Schulen erfolgen. Für eine Verbesserung innerhalb der Schulen fordert er erneut und mit allem Nachdruck die zusätzliche Einstellung von Sprachlehrkräften, Pädagogischen Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen,

Schulpsycholog*innen und Schulverwaltungsassistent*innen. Für Unterrichtsangebote außerhalb der Schulen wird derzeit zunächst für die Region Anhalt mit den Partnern vor Ort ein Pilotprojekt zur Einführung regelmäßiger berufspraktischer Lerntage in den Klassen 8 und 9 der Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen entwickelt. Hier soll über beide Schuljahre hinweg in jeder Unterrichtswoche an einem Tag berufspraktischer Unterricht in der Verantwortung von Bildungsträgern organisiert werden. Als kurzfristige Maßnahmen in den laufenden Ausschreibungen bzw. in den Haushaltsverhandlungen fordert DIE LINKE: Die sofortige Ausschreibung von 200 Stellen für Sprachlehrkräfte, 100 zusätzliche Stellen für Pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulverwaltungsassistent*innen, die Sicherung der Schulsozialarbeit im ESF-Programm durch die vollständige Übernahme der Co-Finanzierung und die Schaffung von zusätzlichen 300 Stellen in einem Landesprogramm Schulsozialarbeit.

Ziel ist es, die prekäre Unterrichtssituation durch die wachsenden Defizite bei der Gewinnung des Lehrkräftenachwuchses und durch den Zugang von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Es bestehe sonst die Gefahr, dass die Unterrichtsversorgung an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen bis zu 85 Prozent absinke. Eine Fünf-Tage-Unterrichtswoche würde dann nicht mehr abzusichern sein.

Regierungsideen gegen den Lehrkräftemangel:

Rettung der Schulen mit „trojanischem Pferd“?

Sachsen-Anhalts Regierungskoalition will Lehrer*innen und Schüler*innen an Gemeinschafts- und Sekundarschulen mit einem wunderbaren „Geschenk“ beglücken, doch es könnte sich als „trojanisches Pferd“ erweisen. Was soll geschehen und was wird das bedeuten?

Im 19. und Anfang des 20. Jahrhundert betrug die Länge einer Unterrichtsstunde 60 Minuten. Den Kindern wurde der Unterricht jeweils am Vor- und am Nachmittag erteilt. Zwischen den Einheiten hatten sie eine lange Mittagspause von ungefähr drei Stunden. In dieser Pause standen Hilfsdienste im Haus an.

Der preußische Kultusminister verordnete am 22. August 1911 das nun ganz anders. Er orientierte sich an den „neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen“. Es wurden die sogenannten „Kurzstunden“ von 45 Minuten eingeführt. Nun konnten die 30 bis 32 Wochenstunden komplett auf den Vormittag gelegt werden. Der unbeliebte Nachmittagsunterricht entfiel, die Schüler hatten nachmittags frei. Während diese sich über den Wegfall am Nachmittag freuten, war dieser „Kurzunterricht“ unter den Pädagogen nicht unumstritten. Diese Maßnahme wurde als „Sparmaßnahme“ betitelt, die „Harmonie des Unterrichts werde durch ein zu hastiges Tempo gestört“. Im Februar 2022 versuchte nun Sachsen-Anhalts Regierungskoalition Bahnbrechendes und will sich damit offenbar einen Eintrag bei Wikipedia sichern: Die Schulstunde soll an Gemeinschafts- und Sekundarschulen auf 40 Minuten verkürzt werden. Doch für diese Verkürzung gibt es keine wissenschaftliche Erklärung. Sie unterliegt, so wie schon 1911 in Preußen gemutmaßt, dem Sparzwang. Angesichts einer seit Jahren desaströsen Personalpolitik kam einigen Vertreter*innen der Landtagsfraktionen (FDP, CDU, SPD) die „grandiose“ Idee: Wir verkürzen die Schulstunde und generieren dadurch zusätzliches Lehrerarbeitsvolumen.

Wer will denn unter Berücksichtigung dessen, was wir in den vergangenen Jahren an Versprechen und Wortbrüchen (siehe dazu u. a. Altersanrechnungsstunden) erlebten, wirklich glauben, dass dies zu keiner zusätzlichen Belastung der Lehrkräfte führt? Kein Pädagoge kann so gutgläubig sein und erwarten, dass man uns in den Lehrzimmern entlasten will.

Es wird Folgendes passieren: Bisher bereite die Lehrkraft ihre 25 Unterrichtsstunden im 45-Minuten-Takt vor. Wenn sie in Zukunft jedoch nur 25 Unterrichtsstunden im 40-Minuten-Takt unterrichtet, werden 125 Minuten Lehrerarbeitszeit freigesetzt.

Diese so gewonnenen 125 Minuten entsprechen drei Unterrichtsstunden zu je 40 Minuten und werden durch die Lehrkraft dann zusätzlich erteilt. Wenn man den Argumenten folgt, so sollen damit Klassenleiter- oder Förderstunden stattfinden. Man tut gerade so, als ob diese Stunden keiner Vorbereitung bedürfen. Doch in der Praxis ist zu befürchten, dass damit eventuell drei fehlende Stunden Englisch oder Mathematik oder Chemie oder ... ausgeglichen werden sollen; dazu möglicherweise noch fachfremd und in anderen Jahrgangsstufen. Aber genau das führt dann zur Mehrbelastung! Die Aussage, „für Lehrkräfte dürfe keine zusätzliche Arbeit entstehen“, ist an dieser Stelle purer Hohn. Dann würde man 25 + 3 Stunden vorbereiten. Ach ja – und dazu können dann laut Flexi-Erlass noch bis zu vier Stunden an Vertretungsunterricht kommen.

Was werden dazu die Schüler*innen, Eltern und Ausbildungsbetriebe sagen? Freude über kürzere Unterrichtsstunden? Frust über eine Erhöhung der selbstständig zu erledigenden Hausaufgaben? Noch mehr Probleme mit unzureichend gebildeten Azubis? Ein Schüler verliert in den Kernfächern Deutsch oder Mathematik von der 5. bis zur 10. Klasse durch diese Kürzungsmaßnahme insgesamt 97 Unterrichtsstunden. Es ist fraglich, ob bei einem so massiven Einschnitt unsere Abschlüsse an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen durch die Kultusminister bundesweit noch anerkannt werden.

Man stelle sich mal Analogien in der Industrie oder im Handwerk vor! VW verkürzt die Arbeitstakte und lässt dafür mal hier ein Rad und dort die Bremse weg oder der Klempner spart beim Klo einfach die Spülung ein. Geht schneller! Aber funktioniert nicht.

Der Arbeitszeitforscher Frank Mußmann sagte folgendes: „Das Bundesland, welches es als erstes schafft, die Arbeitszeitfrage des Lehrers einvernehmlich mit Gewerkschaften tarifvertraglich zu lösen, hat einen enormen Standortvorteil im Lehrerwettbewerb.“ Dazu, und nicht zu einem „trojanischen Pferd“ sollten sich die Regierungskoalitionäre im Land durchringen. Eines kann man jetzt schon sagen: Mit dieser Sparmaßnahme wird Sachsen-Anhalt weiter an Attraktivität verlieren. Wer lässt sich denn dann noch für eine Schulform ausbilden, in der er 28 Stunden zu je 40 Minuten arbeiten soll?

Mit diesem Vorhaben wird den vor Ort Unterrichtenden jedenfalls ein Bären Dienst erwiesen.

Ingo Doßmann

Schulsozialarbeit:

Land muss Co-Finanzierung übernehmen!

(EuW) Vor Beginn der Beratungen des Landtages zum neuen Haushalt, am 7. März 2022, bekräftigt die GEW Sachsen-Anhalt nochmals ihre Forderung, ausreichend Mittel für die weitere Förderung der Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Das Land will sich künftig statt wie bisher mit 40 Prozent nur noch mit 20 Prozent an der von der EU geförderten Maßnahme beteiligen. Die Restfinanzierung soll von den Landkreisen und kreisfreien Städten übernommen werden.

„In vielen Landkreisen fehlt dafür das Geld. Wir befürchten, dass deshalb deutlich weniger Schulen als bisher Schulsozialarbeit anbieten können. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn bereits etablierte und gut funktionierende Schulsozialarbeits-Projekte nicht mehr weiterarbeiten könnten. Das Versprechen der Landesregierung

aus dem Jahr 2020, die Schulsozialarbeit flächendeckend auszubauen, wurde nicht gehalten. Im Gegenteil, auch hier wird künftig ebenso wie im Lehrkräftebereich nur der Mangel verwaltet“, so die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth.

Die GEW fordert den Bildungsausschuss und die Fraktionen des Landtages auf, sich für eine vollständige Co-Finanzierung der bereitstehenden ESF-Mittel durch Landesmittel starkzumachen. Zunächst muss mindestens sichergestellt werden, dass alle bestehenden Projekte, auch die, die bisher durch die Kommunen selbst angeboten wurden, weiter finanziert werden. „Perspektivisch ist ein Ausbau zwingend notwendig, denn die Schulen brauchen mehr denn je verlässliche und ausbaufähige Strukturen sozialer Arbeit“, erklärte Gerth.

Schulen in freier Trägerschaft:

Schulgeld und Sonderungsverbot

Kollege Thomas Lippmann (DIE LINKE) hat in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter in einer Kleinen Anfrage von der Landesregierung Aufklärung über die Praxis des sogenannten Sonderungsverbots an Schulen in freier Trägerschaft verlangt. Die Antwort der Landesregierung liegt jetzt vor und war für die EuW Anlass, einige Fragen an Thomas zustellen.

Die Redaktion

Gemäß der gesetzlichen Vorgaben ist eine Voraussetzung für die Genehmigung von Schulen in freier Trägerschaft, dass eine Sonderung der Schüler*innen nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird (Sonderungsverbot). Das ist gewährleistet, wenn vom Schulträger Erleichterungen bezüglich des Schulgeldes oder Förderungen in einem Umfang gewährt werden, die es Schüler*innen aus einkommensschwachen Verhältnissen ermöglichen, die Schule zu besuchen.

Was war der Anlass, gerade jetzt diese Kleine Anfrage zu stellen? Gab es Ereignisse oder Entwicklungen, die diesen Bereich betreffen?

Die Zahl der privaten Schulen und der dort unterrichteten Schüler*innen steigt Jahr für Jahr und umfasst aktuell etwa zehn Prozent der gesamten Schülerschaft. Es war deshalb schon seit Jahren ein Thema, ob sich durch dieses ständig wachsende Angebot die Zusammensetzung der Schülerschaft an privaten und öffentlichen Schulen ändert. Denn für Privatschulen muss ja Schulgeld bezahlt werden, das sich vor allem Eltern mit guten Einkommensverhältnissen leisten können.

Jetzt gab es konkrete Informationen, dass sich Landesrechnungshöfe und Sozialwissenschaftler systematisch mit der sozialen Ungleichheit durch die Verletzung des verfassungsrechtlich bestimmten Sonderungsverbotes an Privatschulen beschäftigen, und da wollte ich einmal genauer wissen, wie es damit in Sachsen-Anhalt aussieht.

In einer von dir an die Medien gegebenen Mitteilung heißt es: „Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage geht jetzt hervor, dass dieses verfassungsrechtliche Sonderungsverbot von den Schulbehörden bei der Genehmigung von Schulen in freier Trägerschaft nicht beachtet und durchgesetzt wird.“ Was bringt dich zu dieser Aussage?

Na ja, das ist eigentlich recht einfach: Wir haben in unserem Schulgesetz leider keine Regelungen, wie diese verbotene Sonderung nach den Besitzverhältnissen umgesetzt werden soll. Immerhin wird aber in der Verordnung für Schulen in freier Trägerschaft (SCHIFT-VO) ganz klar verlangt, dass es beim Schulgeld Erleichterungen für Schüler*innen aus einkommensschwachen Elternhäusern geben muss. Wenn sich dann bei meinen Nachfragen herausstellt, dass nur etwa 20 Prozent aller 110 Privatschulen überhaupt Angaben zu solchen Erleichterungen machen, dann wurde offenbar die große Mehrzahl der Privatschulen genehmigt, ohne dass die Schulbehörden dafür die Erfüllung dieser wichtigen Voraussetzung verlangt haben.

Das Sonderungsverbot ist ja nicht eine Idee von Eltern oder der Bildungsgewerkschaft sondern ist Verfassungsgut. Du unterstellst also dem Ministerium und dem Landesschulamt einen Verfassungsbruch?

Anders kann man es ja wohl nicht sehen. Möglicherweise haben die Schulbehörden das nicht mit dieser Konsequenz betrachtet, sondern es etwas auf die leichte Schulter genommen. Aber nicht zuletzt stellt der Landesrechnungshof in Thüringen nach einer schon 2013 durchgeföhrten Untersuchung die Frage, ob Privatschulen ohne entsprechende Erleichterungen beim Schulgeld nicht ihren Anspruch auf staatliche Finanzierung verlieren müssten, weil sie bezüglich des Sonderungsverbotes nicht verfassungskonform organisiert sind. Solche Privatschulen dürften nicht genehmigt und nicht staatlich finanziert werden. Das hätten die Schulbehörden auch bei uns selbst erkennen müssen.

Wie man nachlesen kann, ist es aus deiner Sicht das Mindeste, dass jetzt alle Privatschulen, die bisher in ihren Schulgeldregelungen keine Erleichterungen für Eltern aus einkommensschwachen Haushalten vorgesehen haben, dies schnellstens, spätestens zum Beginn des kommenden Schuljahres, nachholen. Außerdem muss gewährleistet werden, dass Schüler*innen aus einkommensschwachen Elternhäusern, die das bisher geforderte Schulgeld nicht aufbringen konnten, auch tatsächlich Plätze an Privatschulen erhalten, wenn die Eltern einen solchen Schulbesuch wünschen.

Nun beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe der EuW mit der Bildungsfinanzierung in Sachsen-Anhalt. Zu den Konsequenzen finanzieller Art für die Schulen hast du dich nicht geäußert. Wer soll also die Änderungen bezahlen?

Das ist Teil des Aushandlungsprozesses in den Schulen und mit der Landesregierung um die gesamte Privatschulfinanzierung. Entweder müssen dann die Beiträge für die Eltern stärker gespreizt werden, so dass einkommensstarke Haushalte mehr bezahlen, oder das Land muss für die entgangenen Beiträge aufkommen. Solche Regelungen haben wir beispielsweise bereits im Kinderfördergesetz, wo das Land Vorgaben für eine soziale Staffelung der Elternbeiträge macht und den Kommunen die Einnahmeverluste durch gesetzlich geregelte Beitragsreduzierungen erstattet.

Allerdings gibt es schon seit vielen Jahren massive Konflikte und auch eine ganze Welle von Gerichtsverfahren zwischen den Privatschulen und dem Land um die Höhe der Finanzierung. Es wird also sicher nicht einfach, hier eine faire Regelung zu finden, die den privaten Schulen nicht einfach nur den Schwarzen Peter zuschiebt.



Qualitätsrahmen schulischer Arbeit: Eine gewerkschaftliche Betrachtung (Teil 2)

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) hat Ende des vergangenen Jahres den „Qualitätsrahmen schulischer Arbeit in Sachsen-Anhalt – Erprobungsfassung für die Schuljahre 2021/22 und 2022/23“ veröffentlicht. Darin wird beschrieben, was in unserem

Bundesland unter guter Schule in den verschiedenen schulischen Handlungsfeldern verstanden wird. In der EuW 03/2022, Seite 16 haben wir begonnen, eine kritische Bewertung der Qualitätsbereiche 1 bis 3 vorzunehmen, im zweiten Teil werden hier nun weitere

Qualitätsbereiche betrachtet. In einer Gegenüberstellung einer Synopse des LISA-Papiers durch Christiane Rex erfolgt die gewerkschaftliche Betrachtung und Analyse durch Ingo Doßmann.

Die Redaktion

Qualitätsbereich 4 – Führung und Schulmanagement

Synopse LISA

Im Qualitätsbereich Führung und Schulmanagement werden alle Handlungen der Schulleitung in ihren Absichten, ihrem Wesen und ihren Wirkungen einer Betrachtung unterzogen. **Für ein wirksames Schulmanagement verfügt die Schulleitung über** notwendige pädagogische und personelle Führungs- und Beratungskompetenzen, um Schulentwicklung als Verbindung von Personal-, Organisations- und Unterrichtsentwicklung erfolgreich realisieren zu können. Diese zielen auf Lern- und Entwicklungsprozesse und berücksichtigen dabei Aspekte, wie die Planung, Organisation, Koordination, Steuerung und Kontrolle von Bildungs-, Erziehungs- und auch Unterrichtsprozessen. Ein Verantwortungsbereich der Schulleitung liegt in der **Verwaltung und dem Ressourcenmanagement** der Schule. Das Agieren der Schulleitung beinhaltet die Erfüllung umfangreicher administrativer und organisatorischer Aufgaben. Im Rahmen der Schul- und Unterrichtsorganisation sorgt sie für einen effektiven, wirkungsvollen sowie transparenten Einsatz personeller und sächlicher Ressourcen.

Das Führungsverständnis und die Führungsverantwortung sind bei der Schulleitung so ausgeprägt, dass von ihr Aufgaben der **Personalführung und -entwicklung** unter Berücksichtigung ständiger Selbstregulation wahrgenommen werden. Im Rahmen ihres Führungshandelns versteht sich die Schulleitung unter Einbezug weiterer mit Führungsaufgaben beauftragter Personen als Team und wird als solches inner- und außerhalb der Schule wahrgenommen. Gemeinsam kommuniziert sie Ziele und Perspektiven, verteilt transparent, zielführend und fair Aufgaben sowie Verantwortlichkeiten. Sie führt das pädagogische Personal und fördert dessen Teamentwicklung. Ein weiterer Verantwortungsbereich der Schulleitung umfasst das **Management von Veränderungs- und Qualitätsentwicklungsprozessen**. Die ständige Aktualisierung des Schulprogrammes ist ein charakteristisches Beispiel hierfür. Dafür nutzt sie zur Umsetzung gemeinsamer Qualitätsansprüche das Potenzial der internen Evaluation.

Für die Steuerung schulischer Prozesse nutzt die Schulleitung ein wirksames **Informationsmanagement**. Sie gestaltet transparente und verbindliche Informationswege nach innen und außen. Mit gezielten Maßnahmen sichert sie zudem die adressatengerechte Aufbereitung der Informationen und schafft Kommunikationsmöglichkeiten in verschiedenen Kontexten.

Die Schulleitung erzeugt durch ihr Handeln eine hohe **Unterrichts- und Erziehungswirksamkeit**. Sie übernimmt die pädagogische Führung des Kernprozesses Unterricht und fördert die Umsetzung pädagogischer Grundsätze sowie Ziele. Dabei unterstützt sie das pädagogische Personal zugleich bei der Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten zur Ausprägung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler.

GEW-Betrachtung

Den inhaltlich korrekten Ausführungen der Kolleg*innen des LISA zum Qualitätsbereich 4 stellen wir folgenden Absatz vorweg:
Entbürokratisierung und Stärkung von Schulleitungen

In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeitsbelastungen für Schulleitungen deutlich erhöht. Die stetige Zunahme von Verwaltungsaufgaben führt dazu, dass immer weniger Zeit für die Gestaltung pädagogischer Prozesse übrigbleibt. Ein Indiz für die Unattraktivität dieser Funktion ist die hohe Anzahl unbesetzter Stellen.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- Gewährung von Anrechnungsstunden zur Erledigung der **Schulleitungsaufgaben** in Höhe eines Sockelbetrages von 12 Stunden pro Schule und Woche zuzüglich einer schülerzahlbezogenen Zuweisung in einem Verhältnis von einer Stunde je 20 **Schüler*innen**,
- Verfahren zur Beantragung, Genehmigung und Abrechnung von Reisekosten für wiederkehrende Tätigkeiten, die dienstlich veranlasst bzw. deren dienstliches Interesse anerkannt ist und für deren Erfüllung Dienstreisen erforderlich sind (z. B. Betreuung von Betriebspraktika, Teilnahme an Schulungen und Fortbildungen), sollen in Verantwortung der Schulleitung liegen,
- Nutzung des Arbeitsvermögens der Sachbearbeiter*innen der Schulträger für die gesamte Erledigung administrativer Aufgaben in der Schule (u. a. auch Schulgirokonto, Lehrmittelbestellung, Statistik),
- **ausreichende finanzielle Budgetierung von Schulen in einer Gesamtzuweisung, Verwendung der Mittel in Verantwortung der Gesamtkonferenz**,
- vereinfachte Abrechnung der Ausgabe von finanziellen Mitteln,
- Mittelzuweisung an die Schulen zum Gesundheitsmanagement,
- **Bereitstellung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware**,
- A 14/E 14 für alle Grundschulleiter*innen,
- amsangemessene Bezahlung der Schulleiter*innen der weiterführenden Schulen.

Wenn Kolleg*innen an kleinen Grundschulen ihre Schule mit 8 Anrechnungsstunden und paralleler Klassenleitertätigkeit leiten, gestalten und innovativ entwickeln sollen, so ist das eine Utopie.

Qualitätsbereich 5 – Führung und Schulmanagement

Synopse LISA

Unterricht als zentrales Tätigkeitsfeld in der Schule ist ein Wechselspiel von Lehren und Lernen. Der Qualitätsbereich **Lehr- und Lernprozesse im Unterricht** setzt sich mit den unmittelbaren Lernsituationen, dem pädagogischen Handeln sowie den Maßnahmen der Lehrkräfte auseinander, die für die Qualität des Unterrichts besonders bedeutsam sind. Für die Entwicklung der Schülerkompetenzen müssen die Lehrkräfte das aktive, konstruktive und individuelle Lernen in den Mittelpunkt stellen. Lehrprozesse sind so zu planen und zu gestalten, dass sie das Lernen bestmöglich unterstützen.

Die **Unterrichtsgestaltung** hat maßgeblich auch Einfluss auf den Lernerfolg der Schülerinnen und Schülern. Motivationsförderlicher und lernwirksamer Unterricht lässt sich mit verschiedenen Unterrichtsformen und -methoden realisieren. Guter Unterricht aktiviert durch variantenreiche, individuell herausfordernde und zum Nachdenken anregende Lerngelegenheiten. Den Schülerinnen und Schülern wird dafür immer ein ausreichendes Maß an Lerngelegenheiten und eine intensiv nutzbare Lernzeit mit wenig Unterrichtsstörungen und -unterbrechungen geboten. Dabei steht die Schüleraktivität im Vordergrund. Die Lehrkräfte unterstützen diese durch ansprechende und herausfordernde Aufgaben, die unter anderem zu Begründungen, Vergleichen und Verknüpfungen neuer Informationen mit bereits bestehendem Wissen anregen. Die Lehrkräfte geben den Schülerinnen und Schülern regelmäßig und zeitnah Rückmeldung zu ihren individuellen Lernständen und Lernfortschritten.

GEW-Betrachtung

Für die Ausführungen des LISA zu den Lehr- und Lernprozessen im Unterricht gibt es vielfältige wissenschaftliche Artikel mit entsprechenden Anregungen. So äußert sich z. B. der „Pädagogikpapst“ Hilpert Meyer zu den Merkmalen eines guten Unterrichts. Insofern basieren die getroffenen Ausführungen auf einem soliden Fundament.

Allerdings betrachten wir den Absatz zur „Heterogenität in der Schülerschaft“ unter anderen Aspekten. Eine gelingende Inklusion benötigt Voraussetzungen. Deshalb fügen wir den folgenden Absatz ein:

Heterogenität als Chance verstehen

Mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland und damit auch das Land Sachsen-Anhalt dazu verpflichtet, Menschen mit Behinderung bzw. Beeinträchtigung an den allgemeinbildenden Schulen im gemeinsamen Unterricht zu unterrichten. **Die fehlenden personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen für einen sinnvollen gemeinsamen Unterricht führen viele Kollegen*innen an und über ihre Belastungsgrenzen hinaus und führen zu schlechten Lernbedingungen für die Schüler*innen.**

Klarheit und Strukturiertheit des Unterrichts kennzeichnen seinen Verlauf. Dazu werden inhaltlich relevante Konzepte und Aufgaben sowie berufliche Handlungen sprachlich klar, fachlich richtig und logisch nachvollziehbar dargestellt. Die Strukturierung des Unterrichts ermöglicht es den Lehrkräften, Inhalte zielorientiert so zu vermitteln, dass diese zu einer gut organisierten und anwendungsfähigen Wissensbasis führen, welche die Grundlage für die Entwicklung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen ist.

Der **Umgang mit Heterogenität** im Unterricht ist Ausdruck professionellen Handelns. Sie berücksichtigen die individuellen Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler, wie z. B. Vorwissen, Leistungsstand oder sprachliche Fähigkeiten. Dabei wenden sie Unterrichtsmethoden und -techniken an, die eine Differenzierung oder Individualisierung erlauben. Dies beispielsweise, um Aufgabenschwierigkeit, Lernziel und -ergebnis, Lernweg sowie Lernzeit an individuelle Lernvoraussetzungen anzupassen. Für die Diagnostik im Unterricht wählen die Lehrkräfte jene Verfahren aus, die für anstehende pädagogische Entscheidungen angemessen sind. Lernanregende Aufgaben erlauben **kognitive Aktivierung und selbstgesteuertes Lernen**. Kognitiv aktivierende Aufgaben sind oft von herausfordernder Schwierigkeit, aber zugleich erfolgreich lösbar. Aufgaben mit selbstgesteuerten Elementen bieten den Schülerinnen und Schülern Freiräume für eigene Entscheidungen und die Gelegenheit, sich selbst beim Lernen als wirksam und erfolgreich zu erleben.

Die Lehrkräfte leiten den **Unterrichtsinhalt** aus den Themen des Lehrplans ab und beachten dabei die Aktualität von Ereignissen und fachwissenschaftlichen Entwicklungen, globale Erscheinungen wie den Klimawandel sowie die Nachhaltigkeit. Aus den Themen werden im Rahmen sozialer Interaktion als auch sprachlicher Verständigung, insbesondere unter Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler, die relevanten Inhalte im Unterricht entwickelt.

Das **digital gestützte Lehren und Lernen** spielt im Unterricht mit verschiedenen Zielstellungen eine deutlich wahrnehmbare Rolle. Alle Lehrkräfte verfügen zunehmend über Medienkompetenz sowie zugleich Medienexpertise und entwickeln beides im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeiten weiter. Dies betrifft sowohl das Lehren und Lernen mit Medien als auch das Wissen über Medien.

Der Aufwand an Beratung, Beurteilung und Erstellung von individuellen Förderplänen ist um ein Vielfaches gestiegen. Die Anzahl an Stunden, die Lehrkräfte aus den Förderschulen den Unterricht unterstützend begleiten, ist **bei Weitem nicht ausreichend**. **Hinzu kommt**, dass aufgrund der allgemein unzureichenden Unterrichtsversorgung Kolleg*innen, die für den gemeinsamen Unterricht eingeplant sind, vermehrt für Vertretungen bzw. Absicherung der Stundentafel eingesetzt werden.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- Erhöhung des Inklusionspools, inklusive Klassen sollten eine Stärke von 20 Schüler*innen möglichst nicht überschreiten;
- Festlegung von Team- und Kooperationszeiten im Rahmen der Dienstzeit;
- umfassende Fortbildungsangebote mit angemessenen Anrechnungen für Kolleg*innen aus allen Schulformen zu den einzelnen Förderschwerpunkten;
- verlässliche Doppelbesetzung im Unterricht bei Klassen mit besonderen Herausforderungen;
- Schulsozialarbeit als notwendige ergänzende Profession an allen Schulformen (schulgrößenabhängig ein bis zwei Vollzeitstellen);
- Einsatz von Pädagogischen Mitarbeiter*innen (PM) nach einem der schulischen Situation angemessenen Schlüssel (mindestens eine PM pro Schule);
- angemessene Erhöhung der (Unterstützungs-)Stunden von ausgebildeten Förderschullehrkräften für den Gemeinsamen Unterricht in den Regelschulen;
- verpflichtende inklusionsorientierte Anteil in der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung;
- verpflichtende Standards (u. a. Räume für differenziertes Lernen und für Rückzugsmöglichkeiten, Bewegungs- und Therapieräume, Räume für den hygienischen Bedarf sowie Team- und Arbeitsräume).

Qualitätsbereich 6 – Ergebnisse und Wirkungen

Synopse LISA

GEW: Den Ausführungen dazu schließen wir uns an!

Der Qualitätsbereich **Ergebnisse und Wirkungen** gibt Auskunft über den Erfolg der schulischen Arbeit, die Zufriedenheit aller am Bildungs- und Erziehungsprozess beteiligten Akteure sowie die Wahrnehmung der Schule mit all ihren Aktivitäten in der Region. Er beschreibt angestrebte und erreichbare Ergebnisse sowie damit verbundene langfristige Wirkungen. Aus den Ergebnissen und zugleich Wirkungen können individuelle Entwicklungspotentiale abgeleitet werden, auf deren Grundlage Konzepte und Maßnahmen neu aufgegriffen, überprüft und angepasst werden können.

Das Ergebnis erfolgreichen Wirkens von Schule ist auch die **Sicherung von Lernerfolgen**, welche sich am Erreichen angestrebter Bildungsabschlüsse und der dadurch ermöglichten individuellen Bildungswege zeigen. Die in den verschiedenen Schulformen erreichbaren schulischen oder beruflichen Abschlüsse stellen die formale Grundlage für die geplanten weiteren Bildungswege sowie den Einstieg in das Berufsleben dar.

Das Erreichen der Bildungsziele wird nicht nur in ergebnisorientierten Leistungsbeurteilungen sichtbar, sondern auch an der **Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler**. Die Lehrkräfte fördern durch die Umsetzung des pädagogischen Konzepts der Schule die Ausprägung spezieller Interessen, die damit verbundene Motivation sowie die Entwicklung einer Selbstwahrnehmung zur realistischen Einschätzung der eigenen Wirksamkeit.

Die **Zufriedenheit mit der Schule** gibt Auskunft über die Qualität der Arbeit hinsichtlich etablierter Strukturen, umgesetzter Bildungs- und Erziehungsziele sowie ihr Ausstrahlen in das soziale und gesellschaftliche Umfeld. Gute Noten und erreichte Bildungsabschlüsse sind wichtige Faktoren für die Zufriedenheit aller an den Bildungs- und Erziehungsprozessen der Schule Beteiligten. Aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler kommen gute Lernbedingungen, individuelle Förderangebote und Partizipationsmöglichkeiten darüber hinaus hinzu. Faktoren der Zufriedenheit für Eltern sind u. a. eine ansprechende Lernumgebung und wirksames Engagement des pädagogischen Personals, transparente Leistungsrückmeldungen und eine funktionierende Kommunikation mit der Schule. Aspekte der Zufriedenheit für das pädagogische Personal sind beispielsweise gute Arbeitsbedingungen, eine im Einklang mit dem Gesundheitsmanagement stehende angemessene Arbeitsbelastung sowie die Wertschätzung ihrer Tätigkeit.

Qualitätsbereich 7 – Professionalität des pädagogischen Handelns

Synopse LISA

GEW-Betrachtung

Dazu finden wir im Papier der Kolleg*innen des LISA leider keine Ausführungen. Das ist insofern verwunderlich, weil es einen entsprechenden Beschluss der Bundesregierung vom September 2021 gibt: „*Damit tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, wie geplant, zum 1. August 2026 in Kraft. Er gilt zunächst für Grundschulkinder der ersten Klassenstufe und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab dem 1. August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Dieser umfasst eine Forderung von acht Stunden täglich an fünf Tagen in der Woche. Die Unterrichtszeit wird auf diesen Anspruch angerechnet. Eine Pflicht, das Angebot wahrzunehmen, gibt es selbstverständlich nicht.*“

Etablierung des Ganztagschulbetriebes als regelhafte Organisationsform
Mit dem Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen gilt es auch, Schule nicht nur als Raum zum Lernen zu begreifen. Ausdrücklich muss bei der Gestaltung und Ausstattung von Schulen auch der ganztägige Nutzungscharakter Berücksichtigung finden. Aus diesem Grund müssen die Schulräume und Flächen sich stärker an den Ganztagsbedürfnissen der Kinder ausrichten und vielfältige Möglichkeiten für Bewegung und Entspannung anbieten. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen. Das Aufbrechen der normalen Zeitaktakt im Unterricht führt dazu, dass die Schulen den Unterricht flexibler gestalten können und die Schüler*innen einen erweiterten zeitlichen Rahmen zum Lernen haben. Dadurch sollen die Gestaltung der Differenzierung und die Förderungsintensität deutlich strukturierter und ausgeprägter erfolgen.

Es ergeben sich folgende Forderungen:

- ausreichend personelle Ressourcen für die Absicherung des Ganztages,
- Integration des Hortbetriebes und des dort beschäftigten pädagogischen Personals in den schulischen Ablauf bei den Grund- und Förderschulen sowie in den Klassen 5 und 6 an den weiterführenden Schulen,
- einheitliche Mindestöffnungszeiten des Ganztages orientiert an der Zielgröße von 8 Stunden pro Tag,
- flexible Nutzung des Angebotes durch Kern- und Angebotszeiten,
- einheitliche bundesweite Standards für die räumliche und sachliche Ausstattung von Ganztagschulen,
- Förderprogramme von Bund und Ländern sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulträger.

IFS-Schulpanelstudie 2016–2021: Lesekompetenz in der Corona-Pandemie gesunken

(EuW) Schulschließungen und der häufige Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht in der Corona-Pandemie haben offenbar auch dazu geführt, dass Grundschüler*innen schlechter lesen können.

Nach mehr als einem Jahr pandemiebedingter Einschränkungen des Unterrichts haben sich die Lesefähigkeiten von Viertklässlerinnen und Viertklässlern alarmierend verschlechtert. „Drückt man es in Lernjahren aus, fehlt den Kindern im Durchschnitt etwa ein halbes Lernjahr“, sagte der Co-Leiter

der Studie „Die COVID-19 Pandemie und Lesekompetenz von Viertklässler*innen: Ergebnisse der IFS-Schulpanelstudie 2016–2021“, Ulrich Ludewig. Die Lesekompetenz ist demnach im Jahr 2021 mit 980 Punkten im Mittel geringer als noch 2016 mit 1.000 Punkten.

Das Forschungsteam am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund untersuchte erstmalig anhand repräsentativer Daten von rund 4.000 Kindern an 111 Grundschulen und mit Hilfe der IGLU-Tests, wie sich die Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern in der vierten Klasse im

Jahr 2021 von der Lesekompetenz Gleichaltriger vor der Pandemie unterscheidet. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil an Grundschülerinnen und -schülern, die gut bis sehr gut lesen können, im Vergleich zum Jahr 2016 um rund sieben Prozent auf 37 Prozent gesunken ist. Der Anteil derjenigen, die Probleme mit dem Lesen und dem Textverständnis haben, nahm dagegen um sechs Prozent auf insgesamt 28 Prozent zu. „Da Lesen eine zentrale Kompetenz darstellt, hat dieses Ergebnis auch Auswirkungen auf alle anderen Schulfächer“, betonte die Studienleiterin Prof. Nele McElvany.

Die GEW nannte die im Verlauf der Corona-Pandemie sinkende Lesekompetenz erschreckend, aber nicht unerwartet: „Die Grundschulen sind seit langer Zeit unterfinanziert“, kritisierte das GEW-Vorstandsmitglied Schule, Anja Bensinger-Stolze. Neben mehr Personal seien Leseförderprogramme insbesondere für benachteiligte Kinder, ein Ausbau der Schulbibliotheken sowie Leseförderkonzepte schon in der Ausbildung der Lehrkräfte erforderlich.

Lehrkräftemangel beseitigen

Statt fragwürdige Lese- und Diagnosesoftware an Schulen einzusetzen, forderte die Expertin, höchste Priorität auf die pädagogische Beziehung zwischen Lehrkräften und Kindern zu legen sowie Lernfreude und Leselust bei Schülerinnen und Schülern zu fördern. „Wir brauchen ausreichend viele sowie gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte, die auf das Lernen unter erschwerten, sozialen Bedingungen vorbereitet sind und mit heterogenen Lerngruppen arbeiten können.“ Um effektiv gegen den Lehr- und Fachkräftemangel an den Grundschulen vorzugehen, werde ein „Masterplan Lehrkräfte-Nachwuchs“ gebraucht.

Kompetenzniveau aller Gruppen gesunken

Weitere Ergebnisse der Studie: Mädchen sind im Lesen im Mittel zwar weiter stärker als Jungen, allerdings sank auch bei ihnen das durchschnittliche Niveau. Kinder aus Familien mit mehr als 100 Büchern zu Hause können nach wie vor besser lesen als solche mit weniger Büchern, verschlechterten sich im Vergleich zu 2016 aber ebenfalls. Kinder mit schlechten häuslichen Rahmenbedingungen zum Lernen verlieren den Angaben zufolge allerdings im Schnitt mit 27 Punkten mehr als Kinder mit guten Rahmenbedingungen (16 Punkte). Auch die Lesekompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund litt im Mittel tendenziell stärker unter der Pandemie als die von in Deutschland geborenen Schülerinnen und Schülern.

Wie die GEW verlangt auch das Dortmunder Forscher*innen-Team umfassende und wirksame Unterstützungs- und Förderangebote. „Die hier untersuchten Kinder besuchen aktuell die fünfte Klassenstufe – neben den Grundschulen müssen für die Leseförderung also auch die weiterführenden Schulen systematisch mitgedacht werden“, sagte McElvany.

„Tante. Tante Laura“, rief mir meine Nichte Mila heute Morgen zu, „ich hatte einen bösen Traum, einen sehr bösen.“ „Was mag sich derzeit in die Träume der Kleinen drängeln?“, fragte ich mich ahnungsvoll, rührte, um etwas Zeit zu gewinnen, einen Kakao zusammen und hörte endlich zu. „Von irgendwo kam der ‚Gestiefelte Kater‘ daher, nahm seine Corona-Maske ab und verschluckte einfach den ‚Großen Zauberer‘. Genau so, wie es in meinem Märchenbuch steht. Doch danach kicherte der Kater ziemlich blöde, machte einen mächtigen Sprung und schrie, er wolle jetzt zwei Riesen erschlagen, weil doch das ‚Tapfere Schneiderlein‘ überhaupt nicht tapfer, sondern ein Schwächling sei. Prompt stiefelte der Kater von dannen, lachte furchtbarlich laut und sang: ‚König bin ich bald und allein die Staatsgewalt. Wehe allen auf meinen Wegen ...‘ Tante Laura, da bin ich aus dem Bett gesprungen, bin in die Küche gerannt – dort war von Krieg die Rede ... und jetzt fürchte ich mich.“

Was meinst du, Jenny, hätte ich für Mila eine heile Welt erfinden sollen, ein Wunderland? Sie geht in die zweite Klasse, sie erlebte bereits im Kindergarten den Überall-Einfluss dieses Coronavirus und erfährt jetzt, nicht weit weg von ihr müssen sich Kinder vor Soldaten verstecken. Wir sehen, die Kleinen brauchen unendlich viel Verständnis für die merkwürdigen Großen – am besten, sie werden im Handumdrehen selber groß ... oder? Nein, ich habe mich mit meiner Nichte sofort zu einem Morgenpaziergang aufgemacht, ins Freie für die Suche nach der verloren gegangenen Gewissheit eines friedlichen Zusammenlebens auf dieser schönen Erde. Stille Freude an ein paar Märzenbechern hatte ich Mila ebenfalls versprochen.

„Tante Laura, aber jetzt träumst du“, wurde ich in diesen Tag zurückgeholt, der sich auf den ersten Blick so friedlich zeigte wie der allererste Tag. Jedoch, ich führte meine Nichte erneut ins Märchenland: „In der Geschichte ‚Sechse kommen durch die ganze Welt‘ treffen sich Menschen, die über außerordentliche, über beängstigende Fähigkeiten verfügen. Weil sie wissen, gemeinsam geht alles besser, schließen sie sich zusammen ... und erschlagen sich nicht.“ Da meine Nichte „ihre“ Grummus bestens kennt, wandte sie sofort ein: „Aber der Anführer dieser Zaubertruppe war ehemals ein Soldat.“

Liebe Jenny, Krieg als Schatten des Menschseins? Ein furchtbarlicher Gedanke! Ich habe versucht, meiner Nichte Mila vom naiven Frieden des „Hans im Glück“ zu erzählen, von den Prinzessinnen, die unbeschwert ihre Schuhe zertanzen und von ... – Ach, Jenny, wie lang darf dieser Brief über meine Wünsche und Hoffnungen werden? Außerdem fühlte ich schnell, Mila durchschaute mich und meine hilflosen Versuche, ihr diese Welt als ein zwar aufgeregtes, aber insgesamt harmloses Wimmelbild vorzuführen.

Über wachsende Verantwortung wäre ebenfalls noch zu reden – über die der Eltern für ihre Kinder und die der Tanten gleichermaßen, über die der Schule als Ort, der auf Gegenseitigkeit und Verständigung angelegt ist, und über die der Politik als Quelle von Weisheit. Summa summarum: Wann, wenn nicht jetzt, muss sich erweisen, Bildung ist weit mehr als zu ahnen, könnte vielleicht falsch sein. Bildung ist grenzenlos. Ungebildete Politik ist furchtbar, führt zu erdenschwerem Hass. Schule steht im Zentrum der „Aufklärung“, und gebildete Politik muss das Ziel haben, Schule grenzenlos zu stärken. Bei solchen Gedanken schaute ich meine Nichte Mila an und fragte mich, wie die Zukunft ihrer Generation wohl aussehen könnte.

Als hätte sie diese stumme Frage gehört, schaute sie mich selbstbewusst an und meinte lächelnd: „Ich werde übermorgen Brückenbauerin. Auf meine Brücke stellen sich alle Kinder und lassen nicht einen Soldaten durch.“ Jenny, da werden wir uns demnächst auf einer Brücke treffen. Darauf freue ich mich heute schon ...

Deine Laura

Projekttag am Herder-Gymnasium in Merseburg: „Teachers for Future“ bringen Nachhaltigkeit in die Schule

(EuW_rex) Von März bis April 2022 unternimmt der Verein „Teachers for Future Germany“ eine Projektreise durch Deutschland. Zwei Kolleg*innen bereisen in allen 16 Bundesländern jeweils eine Schule und veranstalten Aktionen zu einem der 17 definierten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals). Sachsen-Anhalt wurde durch das J.-G.-Herder-Gymnasium vertreten, das am 15. März einen Themenprojekttag für seine 8. Klassen organisiert hat.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ja, Bildung ist eigentlich Ländersache. Aber Bildung für nachhaltige Entwicklung verbindet Schulen in ganz Deutschland miteinander, egal ob es sich um eine Grundschule in Berlin, eine Gemeinschaftsschule im Saarland oder eine berufliche Schule

Herder-Gymnasium. Die 8. Klassenstufe hat an dem Projekttag eine Vielzahl von Inputs durch verschiedene Expert*innen erhalten. Durchgeführte Workshops, eine Lesung und interaktive Elemente sorgten für einen runden Projekttag. Ein wunderbarer Auftakt für die Schule, die kürzlich auch ins Netzwerk der Nachhaltigkeitsschulen Sachsen-Anhalts aufgenommen wurde. Nachdem sich alle 8. Klassen am Morgen in der Aula versammelt hatten, fand eine Auftaktveranstaltung statt. Nora Oehmichen und Timo Graffe von „Teachers for Future“ stellten den Schülerinnen und Schülern ihre 17/17-Tour vor. Anschließend ging es klassenweise für drei Stunden in ganz unterschiedliche Workshops. So wurden beispielsweise – betreut durch zwei Lehramtsstudierende – in unterschiedlichen Stationen die Auswirkungen der Klimakrise in Deutschland erforscht. Eine

Bildung selbst für unsere Kinder nachhaltig sein.“ Er freut sich sehr, dass die beiden Lehrerinnen Julia Wenzel und Pauline Scheidt selbst als „Teachers for Future“ aktiv sind und ihre Kolleg*innen mit diesem Engagement anstecken. Das Thema ist am Merseburger Gymnasium ganz und gar keine Eintagsfliege: „Ab kommenden Schuljahr werden wir das Wahlpflichtfach ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ für die Klassenstufen 9 und 10 anbieten. Die beiden Kolleginnen haben dazu einen Lehrplan entwickelt, der auch vom Landesschulamt bewilligt wurde. Wir sind sehr gespannt, wie das Unterrichtsfach von den Schüler*innen angenommen wird“, sagt der Schulleiter. Auch sonst wird das Thema Nachhaltigkeit in der Schule großgeschrieben. Im Juli wird es beispielsweise zum 30-jährigen Schuljubiläum eine ganze Projektwoche geben, die sich damit beschäftigt, wie z. B. die



Foto: Christiane Rex



Foto: Pauline Scheidt (2)



in Mecklenburg-Vorpommern handelt: Damit sich junge Menschen in unserer globalisierten Welt zurechtfinden und den aktuellen Herausforderungen – Klimakrise, Biodiversitätsverlust, Demokratiekrisen – gewachsen sind, braucht es Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). „Durch BNE kommen die Schüler*innen ins Handeln und erfahren Selbstwirksamkeit, indem sie befähigt werden, sich aktiv für eine nachhaltige Transformation unserer Gesellschaft einzusetzen“, erklärt Nora Oehmichen, Bundesvorsitzende des Vereins „Teachers for Future“, die zusammen mit ihrem Kollegen Timo Graffe vier Wochen lang durch Deutschland reist. Gemeinsam führen die beiden Lehrer*innen spannende Projektstage an einer Schule in jedem Bundesland durch.

Interaktive Workshops zeigen die Probleme der Klimakrise auf

Das Projekt 17/17 soll zeigen, wie vielfältig und tragfähig die Ideen und Ansätze für BNE an den ganz unterschiedlichen Schulen sind. „Wir freuen uns, Teil dieses bundesweiten Projekts zu sein, weil es zeigt, dass so viele Schulen sich eine Veränderung wünschen und auch wir an unserer Schule in Merseburg ein Stück dazu beitragen wollen,“ sagt Julia Wenzel, Lehrerin am

anderen Klasse hat mit ihrer Lehrerin Pauline Scheidt in Form eines Escape-Spiels knifflige Rätsel rund um die Klimakrise gelöst und dabei eine große Menge an Wissen über dieses Thema spielerisch erworben. Die beiden entsandten Kolleg*innen des Vereins „Teachers for Future“ haben in ihren Workshops mit den interaktiven Spielen „Wir spielen Welt“ und „Ein Schritt vor“ die systemischen Zusammenhänge der Klimakrise dargestellt. Eine interaktive Footprint-Aktion auf dem Schulhof und eine Ausstellung mit Quiz zum Thema Elektromobilität waren weitere Elemente des Projekttages. Zum Abschluss hatten die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit, mit der Autorin Katja Diehl, die im Februar ihr Buch „Autokorrektur – Mobilität für eine lebenswerte Welt“ (→ Seite 15) veröffentlicht hat, zum Thema Mobilität ins Gespräch zu kommen.

Herder-Gymnasium geht mit gutem Beispiel voran

Dass die jetzige Generation der Kinder und Jugendlichen in Zukunft vor massiven Problemen steht, beschäftigt auch den Schulleiter des Herder-Gymnasiums Dr. Frank Werner-Bentke: „Die nachhaltige Entwicklung ist der entscheidende Schlüssel für unsere Zukunft. Daher muss auch die

Mülltrennung, die Energieversorgung der Schule oder die Gestaltung des Außenbereichs ökologisch effektiv gestaltet werden können.

Abschlussveranstaltung

Die 17. Veranstaltung des Vereins „Teachers for Future“ zum Punkt 17 der definierten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ findet schließlich online am 4. Mai in Form eines Panels statt, in dem Schüler*innen und Lehrer*innen aus allen 16 Schulen zusammenkommen und gemeinsam mit bildungspolitischen Vertreter*innen diskutieren. Für das Podium haben bereits Vertreter*innen aus der Kultusministerkonferenz, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der UNESCO zugesagt. Des Weiteren sind Germanwatch, Greenpeace und andere zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereine an der Veranstaltung beteiligt.

Auf <https://teachersforfuture.org> kann man sich zur Online-Veranstaltung anmelden. Hier findet man auch weitere Informationen wie z. B. Anleitungen und Spiele, mit denen man das Thema Nachhaltigkeit in den Unterricht integrieren kann.

Bild links:

Autorin Katja Diehl informierte, wie eine inklusive und klimagerechte Verkehrswende stattfinden kann.

Bild Mitte:

Beim Projekttag haben sich die Schüler*innen interaktiv mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt.

Bild rechts:

Die Schüler*innen haben den eigenen ökologischen Fußabdruck auf dem Schulhof dargestellt.

Noah Baalke:

Alle Zutaten für ein Erfolgsrezept

Erst Sozialassistent, dann Erzieher, nun Kindheitspädagogik-Student: Wie sich der 22-jährige Altmärker Noah Baalke für sein berufliches „Lebensthema“ engagiert – auch und gerade in der GEW.

Als leidenschaftlicher Hobbybäcker weiß Noah Baalke nur zu gut, dass in der Küche vor allem auch Organisation gefragt ist und sämtliche Zutaten zur Hand und zudem exakt bemessen sein müssen – nur dann führt das Rezept zum gewünschten Erfolg. Im Grunde lässt sich das geschilderte Prinzip gleichermaßen auf das Engagement des 22-Jährigen in der GEW übertragen: Seit vergangenem Herbst arbeitet der junge Mann, der im Altmarkdorf Eichstedt aufgewachsen ist und nach wie vor dort wohnt, im GEW-Kreisvorstand Stendal mit – wo er insbesondere der Ansprechpartner für die Berufsstarter ist.



FOTO: Andreas Löffler

Das wiederum hat ganz entschieden mit Noah Baalkes eigener Prägung zu tun: Schon früh, nämlich bereits zu seinen Berufsschulzeiten, war er mit der Gewerkschaft in Berührung gekommen und machte schnell die Erfahrung, welchen Input – und erforderlichenfalls auch Beistand – diese etwa in Sachen Berufs- und Studienorientierung, Rechtsberatung zu arbeitsvertraglichen und Tarif-Regelungen und nicht zuletzt in Sachen Fortbildungen zu leisten vermag. Die Erkenntnis, gemeinsam und mit gebündelten Aktivitäten so sehr viel mehr erreichen zu können als ein Einzelner, bewog ihn, sich selbst einzubringen. Zudem: „Ich organisiere extrem gern und mag es sehr, mit Menschen ins Gespräch zu kommen – auch mir bis dato unbekannten –, mit denen ich in Austausch treten und von denen ich lernen kann“, schildert er. Denn was sein – ebenfalls zeitig gefundenes – berufliches „Lebensthema“ anbelangt, ist Noah Baalke gewissermaßen ein „Nimmersatt“, dessen Neugier kaum zu stillen ist und der sein Wissen immer weiter mehren will. „Ich hatte schon in jungen Kinderjahren ein Faible und wohl auch ein Händchen dafür, mich um andere und um die Gemeinschaft zu kümmern – etwa, indem ich den Jüngeren oder Schwächeren half. Und später als Klassensprecher beispielsweise bei Konflikten zu moderieren versuchte“, erzählt der junge Mann, dessen Weg in einen sozialen Beruf somit praktisch vorgezeichnet war: Nach einer Ausbildung zum Sozialassistenten hängte er unmittelbar die berufliche Qualifizierung zum Erzieher dran, um direkt im Anschluss, sprich: vor gut einem halben Jahr, ein Studium der Kindheitspädagogik an der Hochschule Magdeburg-Stendal zu beginnen. „Welche komplexen pädagogischen, psychologischen, soziologischen Aspekte zu beachten sind, um Kinder während ihrer

Entwicklung optimal zu unterstützen und zu befähigen – das ist genau mein Thema“, betont der Jung-Student. „Ich bin auch ganz glücklich darüber, wie stark das Studium mit vielen Inhalten aus meiner Erzieherausbildung verknüpft ist und auf diesen aufbaut. Damit das so bleibt und der Wissenstransfer zwischen Hochschule und Praxis weiterhin gut und in beide Richtungen funktioniert, habe ich mir – auch wenn ich nun quasi auf die Seite der Wissenschaft gewechselt bin – die Pflege der Kooperation zum hiesigen Berufsschulzentrum in Stendal auf die Fahnen geschrieben“, unterstreicht Noah Baalke, der – nun studienbegleitend – immer wieder gern zu Praktika in Kita oder Hort, an die Basis eben, zurückkehrt.

Und dort bei den Steppkes wegen seiner entdeckungsfreudigen und auch für spontane Aktivitäten offenen Art prima ankommt. „Ich bin diesbezüglich enorm von meiner einstigen Eichstedter Kindergartenerzieherin Bettina Gude, zu der ich bis heute enge Verbindung halte, geprägt: Man müsse sich auch mal trauen, etwas auszuprobieren, das schief gehen kann. Denn die Erfahrung, dass nicht alles immer glatt läuft, ist gerade im Kindergartenalter, wenn sich bei den Kindern die eigene Identität herauszubilden beginnt, von großer Bedeutung“, hebt er hervor. Und natürlich ist Noah Baalke als Mann in einem von Frauen dominierten Berufsfeld allein schon unter diesem Blickwinkel eine besondere „Attraktion“ für die Kinder – und wichtig, um ihnen das Kennenlernen verschiedener Rollenbilder zu ermöglichen. Stereotype Zuschreibungen, gleich welcher Art, weist er freilich zurück. „Auch wenn ich handwerklich durchaus beschlagen bin, lasse ich mich nicht auf die Rolle des ‚Ersatz-Hausmeisters‘ festlegen, sondern integriere diese Kompetenz vielmehr in mein eigenes pädagogisches Arbeiten – beispielsweise, wenn ich gemeinsam mit den Kindern Upcycling-Projekte realisiere und wir aus Euro-Paletten Hochbeete bauen.“

Um noch einmal zu der eingangs beschriebenen Analogie zurückzukehren: Welche „Zutaten“ würde sich „Bäcker“ Noah Baalke mit Blick auf die Arbeit mit Kindern in noch größerem Maße wünschen? „Da fällt mir zuallererst natürlich der Aspekt der Wertschätzung ein. Ich glaube, bei den Eltern hat die Pandemie dahingehend eine erheblich veränderte Betrachtungsweise angestoßen. Wo es früher insgeheim oder sogar unverhohlen den Gedanken gab, Erzieher würden für Spielen und Müßiggang bezahlt, hat die Kinderbetreuung im Homeoffice vielen vor Augen geführt, wie komplex – und verantwortungsvoll – unsere Aufgabe ist“, schätzt er ein. Wertschätzung drücke sich jedoch unbedingt auch in politischen Rahmenbedingungen aus. „Und so ein schöner Anfang das ‚Gute-KiTa-Gesetz‘ auch gewesen sein mag, erwarte ich da noch deutlich mehr Rückenwind und Unterstützung: Beim Mindest-Personalschlüssel in Krippe, Kita, oder Hort zum Beispiel sind wir noch ein gehöriges Stück vom tatsächlich wünschenswerten Zustand entfernt“, sagt Noah Baalke kämpferisch:

Andreas Löffler, freier Journalist

Neue Rubrik in der EuW: „Ich bin die GEW Sachsen-Anhalt“

Bist du GEW-Mitglied und setzt dich für gewerkschaftliche Belange ein? Arbeitest auch du eng mit und für Menschen und möchtest etwas bewegen? Oder kennst du jemanden, auf den das besonders zutrifft? Dann freuen wir uns, dich oder deine Kollegin oder deinen Kollegen an dieser Stelle in der EuW vorzustellen. Schreib uns deinen Vorschlag an redaktion@gew-lsa.de

Literatur-Tipp: Autokorrektur

Katja Diehl (illustriert von Doris Reich); Autokorrektur – Mobilität für eine lebenswerte Welt; S. FISCHER 2022; ISBN: 978-3-10-397142-2; 272 Seiten; Paperback 18,00 €



Ein Plädoyer für eine inklusive und klimagerechte Verkehrswende: Mit Schwung, Know-how und Kreativität macht die Mobilitätsexpertin Katja Diehl Lust auf eine Gesellschaft, die gemeinsam eine attraktive und klimafreundliche Zukunft für alle baut. Eine Zukunft, die mehr Lebensqualität in Städten und auf dem Land bietet sowie moderne Formen von Arbeit berücksichtigt. Jede*r sollte das Recht haben, ein Leben ohne ein eigenes Auto führen zu können. „Autokorrektur“ will Kick-off einer Gesellschaft sein, die gemeinsam eine attraktive Mobilitätszukunft schafft. In Katja Diehls Vorstellung der Zukunft können die Menschen Auto fahren, wenn sie es denn wollen. Sie müssen es aber nicht mehr – denn es gibt attraktive Alternativen. Momentan ist nicht alles in unserem Land fair und klimagerecht, inklusiv und bezahlbar aufgestellt. Die Bedürfnisse vieler Menschen werden nicht angemessen berücksichtigt. Das können wir ändern, davon ist Mobilitätsexpertin Katja Diehl überzeugt und läutet die Verkehrswende ein. Sie weist den Weg zu einer gerechten und fairen Mobilität der Zukunft, die den Menschen ins Zentrum stellt und unsere Welt lebenswert macht.

Die GEW Sachsen-Anhalt verlost unter ihren Mitgliedern zwei Exemplare der brandneuen Veröffentlichung „Autokorrektur – Mobilität für eine lebenswerte Welt“. Schreibt uns eine E-Mail mit dem Betreff „Autokorrektur“ an katja.kaemmerer@gew-lsa.de und nennt in der Mail euren Namen und eure Postanschrift, damit wir euch das Buch zuschicken können.

GEW-Handbuch zur Promotion: Promovieren mit Perspektive



Kürzlich ist die vollständig überarbeitete 3. Auflage des GEW-Handbuchs „Promovieren mit Perspektive“ erschienen. Das Handbuch informiert über alle relevanten Aspekte einer Doktorarbeit: vom Exposé und der Betreuungsfindung über die Finanzierung bis hin zu sozialrechtlichen Fragestellungen, Unterstützungsangeboten, Schlüsselqualifikationen, Mitbestimmungsstrukturen und beruflichen Perspektiven. Dabei werden Herausforderungen gerade

auch in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen von Promovierenden beschrieben: Promovieren an Fachhochschulen, promovieren mit Kind, mit Beeinträchtigung oder chronischer Erkrankung und vieles mehr. Das Handbuch bietet somit eine reichhaltige Informationsquelle für Interessierte in Hochschule und Öffentlichkeit sowie auch für jene, die Promovierende beraten und unterstützen.

Dana Dülcke, Johannes Moes, Anton Plietzsch, Jessica Schülein, Torsten Steidten; Promovieren mit Perspektive; 3. Auflage; Utb GmbH, 2021; 25 Euro; ISBN 978-3-8252-5682-1

Das GEW-Handbuch kann im Buchhandel oder unter www.utb.de erworben werden.

Kinder- und Jugendliteratur: Ein Tag, der die Welt veränderte

Baptiste Bouthier (Text), Héloïse Chochois (Ill.), aus dem Französischen von Ingrid Ickler; 9/11 – Ein Tag, der die Welt veränderte; Knesebeck, 2021; ISBN: 978-3-95728-547-8; Preis: 24,00 €, 144 Seiten; Altersempfehlung: ab 14 Jahre



Das französische Comic-Duo Baptiste Bouthier und Héloïse Chochois widmet sich in seiner Graphic Novel einem für das Genre noch immer durchaus heiklen Thema: Den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York. In „9/11 – Ein Tag, der die Welt veränderte“ erzählen der Journalist Bouthier und die Comiczeichnerin Chochois 20 Jahre nach den folgenreichen Ereignissen aus der Perspektive einer französischen New-York-Reisenden, die auf den historisch bedeutsamen Tag und seine weltpolitischen Folgen zurückblickt.

2001 war die Protagonistin Juliette gerade einmal 14 Jahre alt; wie ein Großteil der Weltbevölkerung verfolgte sie von ihrer Heimatstadt aus die Geschehnisse im 10.000 Kilometer entfernten New York entsetzt vor dem Fernseher. Daneben kommen auch andere Personen zu Wort, wie die Rettungskräfte der New Yorker Feuerwehr oder Journalist*innen, die vor Ort berichteten. Im weiteren Verlauf wird vom US-amerikanischen Krieg gegen den Terror in Afghanistan, vom Beschluss des Patriot Act, der zu Zwecken der Terrorabwehr eine Überwachung der Bürger*innen erlaubt, und vom US-Gefangenene Lager Guantanamo auf Kuba berichtet. Die bis heute fortwährenden Folgen der Attentate werden auf diese Weise zu einem deutlichen Schwerpunkt der Erzählung.

Chochois wählt für ihre Darstellung abgetönte Farben und orientiert sich an ikonischen Bildern, die sich tief in das kollektive Gedächtnis eingebrannt haben: Zu sehen sind die Fernsehübertragungen der Flugzeuge, die in das World Trade Center einschlagen, Menschen, die vor Verzweiflung aus den brennenden Türmen über 300 Meter in die Tiefe springen u. v. a. m. So liegt hier ein Band vor, der das kollektive Trauma von 9/11 in Erinnerung ruft und seine Bedeutung bis in die Gegenwart eindrücklich vor Augen führt.

Saskia Germer
für die AJuM Sachsen-Anhalt



GEW-Kreisverband Saalekreis: Sommerfeste der Regionalgruppen

Regionalgruppe Merseburg-Querfurt: 10. Juni 2022, von 18 bis 22 Uhr im „MAXX – Restaurant im Kulturhaus Leuna“ – Anmeldungen bitte bis zum 15. Mai 2022 an katrin.guettel@gmail.com

Regionalgruppe Saalkreis: 7. September 2022 – die Einladungen werden direkt an die Mitglieder verschickt.

Impressum

Herausgeberin: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Prof. Dr. Hans-Dieter Klein und Christiane Rex (verantw. Redakteur*innen), Rolf Hamm, Helgard Lange, Christian Müller, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn

Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Die „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“ (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionschluss ist der 10. des Monats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Fon: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2019; Anzeigenschluss ca. am 5. des Monats.

Gesamtherstellung: sw-kommunikation.net + Partner

Titelbild: sw-kommunikation.net



GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

**fair
childhood**

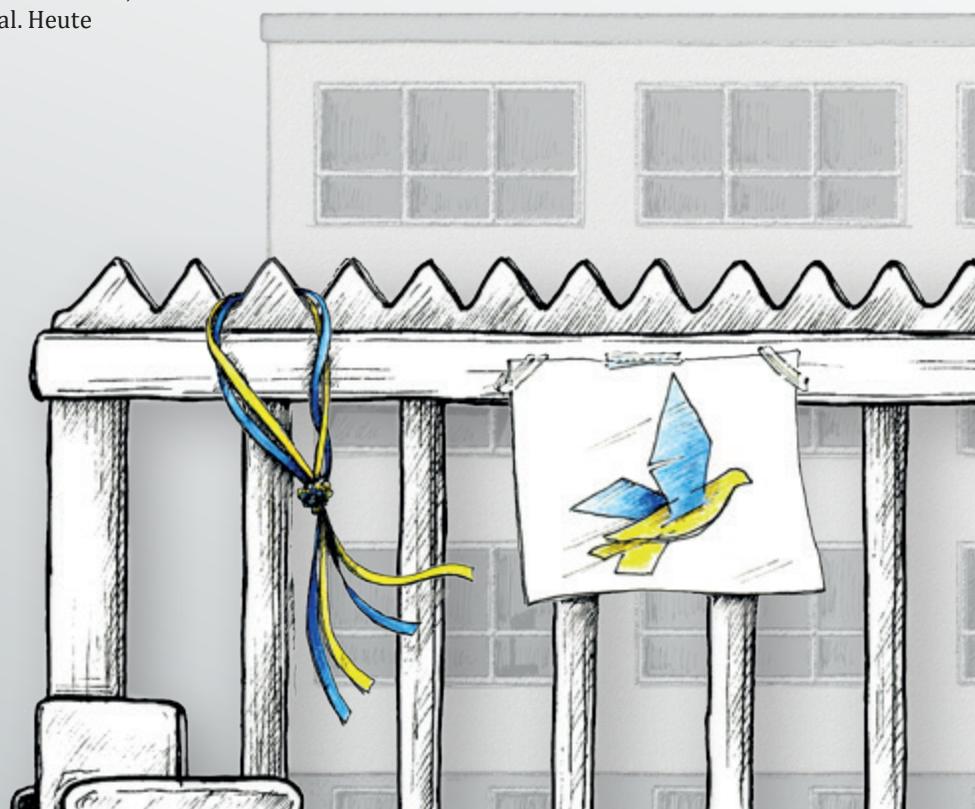
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
<https://www.gew.de/bildung-politik/internationales/fair-childhood>

Quietschen

Die Zeiten sind nicht gut. Das kann ich in den Gesichtern lesen. Die lassen sich jetzt wieder ein bisschen besser lesen, wo immer weniger Menschen ihre Mund-Nasen-Masken tragen. Außerdem höre ich gerne zu, wenn sich die Kinder und die Lehrer unterhalten. Die reden ja oft nicht mit- sondern übereinander. Das habe ich bei den Menschen nie so ganz verstanden, warum man nicht direkt anspricht, was einen am anderen stört oder auch mal, was gefällt. Denn so mancher Konflikt würde nicht eskalieren, wenn ausgesprochen wird, worüber alle lieber schweigen. Man redet doch sonst auch immer viel und gerne. Aber wenn es schwierig wird, dann schweigen alle so lange, bis es irgendwann knallt. Und es scheint gerade wieder zu knallen und es muss nahe sein, denn die Gesichter sind besorgt. Eine Menge fremder Schüler sehe ich auch und vor allem höre ich sie. Früher hörte ich die Sprache öfter, weil sie hier als Fremdsprache gelehrt wurde. Jeder hatte Russischunterricht. Die Älteren wissen, wovon ich rede. Vor vierzig Jahren war das ganz normal. Heute ist es ein wenig exotisch geworden. Natürlich ist es kein Russisch sondern Ukrainisch, aber es gibt Ähnlichkeiten. Ich mag den harten slawischen Zungenschlag, weil er so vertraut klingt. Er wurde hier lange nicht gesprochen und vielleicht ist das einer der Gründe, warum es gerade knallt. Wir haben verlernt, zuzuhören und nun brüllt einer, der gehört werden möchte. Glauben Sie einem alten Tor: Gebrüll und Geknalle hat noch nie geholfen. Schulhöfe wurden schon früher sehr schnell zu Kasernenhöfen. Dann wurde der Ton laut und unangenehm. Nach der Niederlage, denn im Krieg gibt es keine Siege, weil alle verlieren, wurde wieder leise gewispert. Und woran ich erkenne, dass es schwierig ist? Ganz einfach, ich quietsche. Mich ölt nämlich gerade niemand. Denn Öl ist knapp, teuer und wird gehamstert. Da bleibt nichts für Tore übrig. Und für Salat, Autos und die Heizung auch nicht. Trotz Frühling wird es kälter. Das ist nicht gut.

Aber was weiß ich schon, ich bin ja nur ein Tor.

Lars Johansen



Änderungsmeldung

Name, Vorname: Tätigkeitsbereich:

Kreisverband: Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.: Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Anschrift: Haustarifvertrag/PTG-Tarifvertrag:
..... (Entgeltgruppe Stufe seit)

Telefon: Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Bankverbindung: Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Kontoinhaber: Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

IBAN: Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):
.....

Datum Unterschrift

**Neues Konto?
Neue Adresse?
Neues Gehalt?
Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ..

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

